

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite	Seite	
Zur Frage der Kohlenversorgung	364	6 Millionen Mitglieder der Gewerkschaften Deutschlands. — Aus den deutschen Gewerkschaften	371
Gesetzgebung und Verwaltung. Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen. — Die „Freiheit“ im neuen Polen	367	Kongresse. Verbandstag der Alpkalture und Pappdeckel Deutschlands	377
Statistik und Volkswirtschaft. Revolutionäsideale. — Eine internationale Einfuhrmesse in Frankfurt a. M.	368	Lohnbewegungen und Streiks. Verhandlungen in der Weiskalasinindustrie. — Die Beibehaltung des Feinsgeldsystems. — Feuerungszulagen im Holzgewerbe. — Reichstarif im Dachdeckergerber. — Feuerungszulagen im Seimegewerbe	378
Soziales. Neue Aufgaben der Arbeiterfürsorge	370	Witteilungen. Für die Verbandsdeputationen. — Gewerkschaftssekretär gesucht	390
Arbeiterbewegung, Unrast überall. — Das Schicksal unserer Kriegsgefangenen. — Sturmzeichen. —			

Zur Frage der Kohlenversorgung.

Die deutsche Volkswirtschaft, die sich seit dem Zusammenbruch des alten Reiches im Weltkriege in einer andauernd schweren Krisis befindet, geht in den nächsten Monaten einer noch weit bedrohlicheren, geradezu katastrophalen Situation entgegen. Sie ist begründet in dem Mangel an ausreichender Kohle für Industrie und Verkehr und für den Bevölkerungsbedarf an Hausbrand. Am 6. August d. J. fand unter der Leitung des Reichsministerpräsidenten eine Beratung in Berlin statt, die sich mit der Frage der Kohlenversorgung beschäftigte, um Mittel und Wege für die Steigerung der Kohlenproduktion zu finden. Bereits sind für den Eisenbahnverkehr vom 15. August ab umfassende Einschränkungen vorgehen. Damit ist indes die Kohlennot nicht behoben. Ihre Ursachen liegen auf verschiedenen Gebieten und es gilt, mit beherztem Mute diesen Ursachen zu Leibe zu gehen, wenn wirklich eine dauernde Besserung eintreten soll.

Zunächst ist ein allgemeiner Rückgang der Kohlenförderung zu beklagen, der indes nicht Deutschland allein trifft, sondern nahezu alle an der Kohlenförderung beteiligten Länder. So stellt D. Hue im „Vorwärts“, Nr. 397, fest, daß die englische Kohlenförderung von 266 Tonnen im Jahre 1915 auf 236 im Jahre 1918 pro Kopf der Gesamtbevölkerung gesunken ist. Noch 1916 belief sich die Förderung pro Kopf und Schicht auf 1 Tonne (20 Str.), ging 1917 auf 0,96, 1918 auf 0,94 und in den ersten 20 Wochen des Jahres 1919 auf 0,89 Tonnen zurück. Im Juni-Juli soll die Prosopfförderung weiter gefallen sein. Die Gründe für diesen Rückgang dürften überall die gleichen sein: Abbau der besten Lager während des Krieges auf Kosten der nachfolgenden Jahre, also Raubbau, sodann Erschöpfung der Belegschaften durch jahrelange Ueberarbeit und mangelnde Ernährung und damit zusammenhängend allgemeine Beunruhigung, die sich in Arbeitseinstellungen und höheren Lohnforderungen bekundet. Sodann ist

in Deutschland eine Verminderung der Gesamtbevölkerung durch Abwanderung zahlreicher Bergarbeiter aus dem Ruhrrevier eingetreten. Es ist schwer festzustellen, auf welche Ursachen diese Abwanderung zurückzuführen ist. Man kann indes, ohne fehlzugehen, drei Viertel der Gründe in den Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung im Industrieviertel suchen, mit denen sich die Ausübung der schweren Bergarbeit auf die Dauer nicht verträgt.

Eine weitere Ursache des Kohlenmangels bildet der Mangel an Eisenbahnmateriale, besonders an Lokomotiven, zum Teil aber auch an Wagen, der es verschuldet, daß die geförderten Kohlen in manchen Revieren nicht abtransportiert, sondern auf Halde gebracht werden. Das trifft vor allem für Oberschlesien zu, wo deshalb vereinzelt sogar Feierschichten eingelegt werden mußten. Schließlich hat auch die Einführung der siebenstündigen Arbeitsschichten naturgemäß eine Rückwirkung auf die Erzeugung ausgeübt. Vielerorts soll die Kohlenförderung ziemlich genau im Verhältnis zur verkürzten Arbeitsschicht zurückgegangen sein. Doch möchten wir diesem Umstand geringeren Einfluß beimessen, weil die Arbeitszeitverkürzung eigentlich nur die voraussichtlichen Wirkungen der Erschöpfung und schlechten Ernährung aufgefangen hat. Auch bei achtstündiger Arbeitsschicht wäre sicherlich mit einem Rückgang der Förderung zu rechnen gewesen.

Als eine besondere, für Deutschland zutreffende Ursache darf nicht unerwähnt bleiben die systematische Streikverhütung politischer Agitatoren, insbesondere spartakistischer und politischer Couleure, die einen Teil der Belegschaften immer von neuem in Generalstreiks hineinzuziehen sucht. Auf diese ist bereits ein gutes Teil des Förderungsansfalls zurückzuführen.

Diese Ursachen müssen im einzelnen unterjucht und bekämpft werden, wenn wir wieder zu geordneten Verhältnissen kommen wollen. Dazu zwingt uns nicht nur die Lage unserer Volkswirtschaft, die eine Steigerung der Kohlenförderung sowohl

gesichts der neuerlichen kommunistischen Streikpropaganda in Oberschlesien, die eine Stilllegung von 60 Proz. der Gruben in diesem Revier bewirkt hat. Ihr muß mit allem Nachdruck entgegengetreten werden, und das ist in erster Linie Sache des Staateswesens, gegen dessen Bestand sich diese Propaganda und diese Streiks richten. So nachdrücklich die Gewerkschaften für das uneingeschränkte Koalitionsrecht aller Arbeiter und Angestellten eintreten, so haben doch diese Streiks mit Koalitionen nicht das mindeste zu tun, mögen sie auch mit wirtschaftlichen Forderungen verquidelt werden und in pseudowirtschaftlichem Gewande auftreten. Die Gewerkschaften haben nichts mit diesen politischen Streiks gemein. Selbstverständlich werden alle Gewerkschaftsleiter, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, die Staatsorgane in der Verhütung und Unschädlichmachung solcher Streiks unterstützen und dafür zu sorgen haben, daß ihnen bei den Arbeitermassen der Boden entzogen wird. Aber auch die Regierungen müssen das ihrige dazu tun durch Maßnahmen, welche beruhigend auf die Arbeiterschaft wirken, insbesondere durch ausreichende Lebensmittelbeschaffung. Das sicherste Mittel, die Bergarbeiterschaft gegen diese kommunistische Propaganda zu immunisieren, wäre die baldige und ernstliche Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaues. Je rascher die Regierung hier ganze Arbeit macht und die Bergwerke in den Besitz und Betrieb der Gesamtheit überführt, desto mehr wird sie das Vertrauen der Arbeiter erwerben, und Arbeitsfreude und Anteilnahme am Gelingen des Bergbaues werden da einkehren, wo heute Teilnahmslosigkeit, Unlust und Unrast, ja Mißtrauen und Erbitterung herrschen.

Der Kohlenbergbau bildet die Grundlage unserer Volkswirtschaft. Gelingt es nicht, hier erträgliche Arbeits- und ergebnisreiche Produktionsverhältnisse zu schaffen, so geht unsere ganze Wirtschaft zugrunde. Aber der Kohlenbergbau ist auch das Schulbeispiel für die Neuorganisation der Volkswirtschaft. Wird hier der Sozialismus entschlossen durchgeführt, so wirkt das auf die gesamte Wirtschaft zurück als Kristallisationspunkt einer neuen Ordnung der Dinge, auf die die Arbeiterschaft ihr ganzes Denken und Handeln eingestellt hat. Je eher mit dieser Ordnung begonnen wird, desto besser für die Wiedergesundung unserer Volkswirtschaft.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen.

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns geschrieben:

Dem Reichsarbeitsministerium sind in letzter Zeit mehrfach Beschwerden wegen zu langsamer Erledigung von Anträgen auf allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen zugegangen. Die Beschwerdeführer sind scheinbar vielfach der Ansicht, es handele sich bei der Verbindlicherklärung nur um eine Formalität, die binnen weniger Tage erledigt werden könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verbindlicherklärung von Tarifverträgen ist eine Maßregel von so einschneidender rechtlicher und wirtschaftlicher Bedeutung, daß ihre unvorsichtige Handhabung die bedenkllichsten Folgen zeitigen könnte. Regelmäßig werden die Tarifverträge nur von einem Teile der Beteiligten und häufig gerade vom dem wirtschaftlich stärksten Teile abgeschlossen. Die am Abschluß Beteiligten nehmen naturgemäß in erster Linie auf ihre eigenen Interessen Rücksicht, was ja insofern berechtigt erscheint, als der Tarifvertrag zunächst

lediglich für sie selbst verbindliche Kraft besitzt. Soll der von ihnen vereinbarte Tarifvertrag nun aber zwangsweise auf den ganzen Berufskreis erstreckt werden, so muß auch den Verhältnissen der am Vertragschluß nicht beteiligten Kreise Rechnung getragen werden, wenn nicht ganze Industriezweige zum Schaden der Allgemeinheit lahmgelegt werden sollen. Das Reichsarbeitsministerium muß daher, bevor es seine Entscheidung trifft, in eine eingehende sachliche Prüfung des Vertrages und der wirtschaftlichen Folgen seiner allgemeinen Verbindlichkeit eintreten und namentlich die oft recht zahlreichen Einwendungen auf ihre Berechtigung prüfen. Dabei müssen auch die mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten sachkundigen Stellen gebührend zu Wort kommen. So notwendig auf der einen Seite eine möglichste Beschleunigung des Verfahrens erscheint, so wichtig ist auf der anderen Seite die Zuverlässigkeit der Prüfung. Die Beteiligten können aber ihrerseits erheblich zu einer schnelleren Erledigung ihrer Anträge beitragen, wenn sie beim Abschluß der Tarifverträge und bei der Antragstellung folgende Gesichtspunkte beachten:

1. Die Erhebungen von Einwendungen können dadurch vermieden werden, daß an den Tarifvertragsverhandlungen von vornherein alle Verbände beteiligt werden, die mit einer erheblichen Mitgliederzahl interessiert und ernstlich zu Verhandlungen bereit sind.

2. In den Tarifverträgen muß der berufliche und der räumliche Geltungsbereich so klar umschrieben werden, daß Zweifel über die Anwendbarkeit des Vertrages nicht entstehen können.

3. Der Antrag auf allgemeine Verbindlichkeit soll möglichst von allen beteiligten Verbänden gemeinsam gestellt werden.

4. Dem Antrag muß die Urschrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift des Tarifvertrages mit sämtlichen etwa später vereinbarten Änderungen oder Ergänzungen beigelegt werden. Die Beifügung einer Anzahl weiterer einfacher Abschriften ist empfehlenswert.

5. Die Prüfung des Reichsarbeitsministeriums erstreckt sich namentlich auch auf die Frage, ob der Tarifvertrag in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen besitzt. Diese Prüfung wird beschleunigt, wenn die Parteien sofort Unterlagen überreichen, die eine Beurteilung dieser Frage gestatten. Es kommen hierbei z. B. gutachtliche Äußerungen von Gemeindebehörden, Handelskammern oder Gewerbeinspektionen, Vorlage von Mitgliederverzeichnissen und ähnliche Nachweise in Frage.

Die „Freiheit“ im neuen Polen.

Der neue polnische Staat entpuppt sich bereits als das gleiche reaktionäre Gebilde, das in alten Zeiten die breiten Massen des polnischen Volkes unterdrückte. Die Großgrundbesitzer, Advokaten und Intellektuellen, die ehemals das Szepter der Reaktion im polnischen Staate schwangen, sind zwar um einige Generationen verjüngt, aber der Geist ist der gleiche geblieben. Den besten Beweis hierfür liefert die Haltung der polnischen Behörden in der bisherigen preussischen Provinz Posen, wo sie die Arbeiterbewegung verfolgen und ganz eigenmächtig freiheitliche deutsche Gesetze durch überholte reaktionäre Gesetze und Verordnungen ersetzen. So z. B. ist in Posen das deutsche Reichsvereinsgesetz außer Kraft gesetzt und dafür das alte preussische Vereinsrecht eingeführt worden. Das geht aus folgender uns zugänglich bekannt gewordenen Verfügung hervor:

für den eigenen Bedarf, als auch zur Hebung der Ausfuhr im Interesse unserer Valuta braucht, — sondern auch der Friedensvertrag, der uns die Lieferung von 40 Millionen Tonnen für Frankreich, Belgien und Italien auferlegt und gebieterisch seine Erfüllung verlangt. Wir können uns dieser Pflicht nicht entziehen, wenn Deutschland nicht aufs neue schwerem Unglück ausgesetzt werden soll. Es wäre damit zu rechnen, daß die Allierten das Ruhrkohlenrevier militärisch besetzen und sich unmittelbar die ausbedungene Kohlenbelieferung sichern, also die Leistungen erzwingen, die unsere Arbeiterschaft freiwillig nicht auf sich nehmen wollte. Es liegt indes im Lebensinteresse Deutschlands, daß wir Herr unserer Wirtschaftsquellen, in erster Linie unserer Erdschätze, bleiben, wie es auch im Interesse der deutschen Arbeiter liegt, freie Arbeiter zu bleiben und nicht Lohnsklaven militärischer Besatzungsmächte zu werden.

Der allgemeine Förderungsrückgang, soweit er auf mangelnde Ernährung und Erschöpfung zurückzuführen ist, kann durch eine bevorzugte Belieferung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln und durch sonstige Erleichterungen ihrer Lebenshaltung aufgehoben werden. Das wird natürlich nicht leicht sein in den Zeiten der allgemeinen Lebensmittelnot, aber es muß unter allen Umständen durchgeführt werden, da Deutschlands Schicksal von der gesteigerten Kohlenproduktion abhängt. Es ist auch durchaus gerechtfertigt, daß die Bergarbeiterschaft für ihre schwere Untertagsarbeit eine erhöhte Lebensmitteleration erhält. Die Gesamtheit kann nicht verlangen, daß ein Beruf sich physisch bei ungesunder, schwerer Arbeit zugrunde richtet. Durch eine erhöhte Lebensmittelbelieferung wird es auch gelingen, der Bergarbeit neue Arbeitsfräfte für den Ausfall der Ufgewanderten zuzuführen. Doch bedarf es dazu noch weiterer Reformen zur Hebung der Lebenshaltung dieser Arbeiter. Bessere Ernährung setzt eine erhöhte Entlohnung voraus, und es muß gesagt werden, daß die Bergarbeiter vielfach in der Lohrhöhe hinter anderen Arbeiterschichten bedeutend zurückgeblieben waren, zumal die Werkbesitzer selten zu ausreichenden Zugeständnissen bereit waren. Das ist auch heute noch teilweise der Fall. Das erklärt auch die starke Abwanderung von der Bergarbeit. Auch hierin muß die Bergarbeiterschaft um ein Erhebliches besser gestellt werden als andere Berufsgruppen, wenn der Kohlenbergbau dauernd auf eine ausreichende Arbeiterbelegschaft rechnen will. Es ist vielfach erklärt worden, daß die Kohlenzechen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt seien und keine Ueberfrüchte mehr verzeichnen, sondern bedeutende Zuschüsse erforderten. Das mag vereinzelt zutreffen und es erklärt zur Genüge, daß den Bergarbeitern fortgesetzt Lohnschwierigkeiten gemacht werden. Aber wenn die Werkbesitzer die Werke nicht mehr halten können, ohne den Arbeitern ihren ausreichenden Lohn zukommen zu lassen, dann mögen sie dieselben dem Reiche überlassen und der Sozialisierung keine Hindernisse bereiten. Die Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter wird gehoben, sobald sie sehen, daß mit der Sozialisierung der Bergwerke Ernst gemacht wird. Zur ausreichenden Entlohnung der Arbeiter im Kohlenbergbau muß auch eine bessere Wohnungsfürsorge hinzukommen. Es liegt da vieles im argen, besonders infolge der Stilllegung des Wohnungsbauwesens während des Krieges. Es fehlt an Wohnungen, und vor allem an solchen in der Nähe der Schachtmalagen, von denen diese ohne allzu große Zeitver-

luste und Erschöpfung zu erreichen sind. Der Bergmann bevorzugt auch das Kleinhäus mit Garten und Stallung, und es liegt im Interesse der Erhaltung eines gesunden Bergarbeiterstandes, den Kleinwohnungsbau zu fördern. Das kann mit Reichsmitteln und Mitteln der Versicherungsanstalten und auf der Grundlage öffentlich-rechtlicher Genossenschaftsorganisationen geschehen. Es wäre nicht zweckmäßig, Arbeitgebermittel in großem Umfange für das Arbeiterwohnungswech heranzuziehen.

Der Mangel an Eisenbahnwagen und Maschinen ist durch zielbewusste Förderung der Erzeugung zu beheben. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich bereits nach dieser Richtung hin in einem Vortrag in der Berliner Handelskammer geäußert. Er schob freilich einen Teil der Schuld an dem Rückstand wiederum der Kohlennot zu, die es der Industrie unmöglich mache, Lieferfristen einzuhalten. Aus diesem circulus vitiosus müssen wir aber endlich einmal herauskommen. Wenn in Oberschlesien die Kohlen auf Halden gelagert werden müssen, weil es an Wagen fehlt, so trägt nicht die Kohlennot daran die Schuld, sondern der Mangel an geeigneter Organisation in der Eisenbahnverwaltung. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß Betriebe, denen es an Kohle fehlt, obereschlesische Kohle bekommen, damit sie die ihnen bestellten Lokomotiven liefern können.

Eine Vermehrung der Gesamtbelegschaft der Bergarbeiter setzt neben Reformen in der Lebensmittelversorgung, Entlohnung und Wohnungsfürsorge, vor allem auch eine Reform der Arbeitsvermittlung voraus. Das Arbeitsnachweesen muß allenthalben öffentlich organisiert und in ein zusammenhängendes Netz gebracht werden, und die Arbeitsnachweise müssen derartig arbeiten, daß sie imstande sind, überall die zur Bergarbeit geeigneten Leute, die zurzeit irgendwo beschäftigungslos sind, dem Bergbau zuzuführen. Dabei dürfen die Kosten der Ueberführung und Ansiedlung geeigneter Arbeitskräfte nicht gesteuert werden. Auch eine Reform der Erwerbslosenunterstützung ist notwendig. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die für die Zeit der Uebergangswirtschaft vorgesehene Erwerbslosenunterstützung nicht geeignet ist, uns zu normalen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. Es bedarf vielmehr ihrer Ersetzung durch eine geordnete Arbeitslosigkeitserziehung, beruhend auf Beiträgen der Versicherten, der Arbeitgeber und des Reiches. Nur durch eine wohlorganisierte, auf weitgehender Selbstverwaltung und Mitbestimmung aufgebauete Versicherung ist es möglich, erzieherisch auf die Arbeitermassen, aber auch auf die Arbeitgeber, im Sinne der Verminderung der Arbeitslosigkeit einzuwirken. Fortgesetzte öffentliche Almosen wirken nur nachteilig.

An der kürzeren Arbeitszeit für den Bergbau sollte möglichst nicht gerüttelt werden. Wir glauben, daß eine normal ernährte Bergarbeiterschaft in sieben Stunden das gleiche leistet, wie früher in acht Stunden. Sollte von Fall zu Fall eine Mehrleistung erforderlich werden, so können Ueberfrüchten eingelegt werden, die den Arbeitern mit entsprechenden Zuschlägen vergütet werden. Werden sie ausreichend bezahlt, so wird es an Arbeitern dafür nicht fehlen.

Die politische Streifverhebung der Bergarbeiterschaft bildet ein Kapitel für sich, und zwar eines der trübsten und dunkelsten in unserem jungen Volksstaat. Daran mit geschlossenen Augen vorbeizusehen, wäre unberantwortlich, besonders an-

Lohnform darstellt. Aber wir haben auf der andern Seite Industrien und Gewerbe, für die wir unbedingt die Akkordarbeit ablehnen müssen, weil sie die Solidarität der Arbeiter schwächt, die Unfallgefahren ungemein steigert und die Volksgesundheit beeinträchtigt. Auch für die Anwendung des Taylor-Systems können wir uns so ohne weiteres nicht erwärmen, versprechen uns vor allen Dingen auch nicht die Wunderwirkungen davon, die heute von den Lobrednern dieses Systems in Aussicht gestellt werden. Damit lehnen wir die Grundgedanken Taylors nicht ab, glauben vielmehr darauf verweisen zu können, daß in gut geleiteten Industriebetrieben auch schon bisher eine „wissenschaftliche Betriebsführung“ üblich ist, die eine konsequent durchgeführte Arbeitsteilung und die größtmöglichen Verbesserungen der Arbeitsmethoden zum Ziele hat. Gerade im letzteren Punkte haben die deutschen Arbeiter seit Jahrzehnten hervorragend mitgewirkt, und auch unsere Gewerkschaften waren eifrig beitreibt, durch die Hebung der Fachbildung ihrer Mitglieder ihre berufliche Leistungsfähigkeit zu steigern. Das Taylor-System in der Praxis aber macht den Arbeiter zu einer Maschine, oder noch schlimmer: zu einem Teilrädchen in der Maschine und ist daher ganz und gar nicht geeignet, seine Arbeitsfreude zu vermehren. Wer also die Arbeitsfreude als solche heben will, darf sich daher nicht mit der Empfehlung des Akkordlohnes und des Taylor-Systems begnügen, sondern er muß schon tiefer schöpfen, die ganze Erziehungsfrage aufwerfen und untersuchen, ob die bisherige berufliche Ausbildung und die Schulung der Arbeiter der Hebung der Arbeitsfreude dienlich war, ob sie überhaupt ausreichte, um die größtmögliche Intensität der Arbeit ohne Zuhilfenahme ausbeuterischer Lohn- und Arbeitsmethoden zu gewährleisten. An dieser Frage ist auch Müller, ebenso wie seinerzeit Kautsky, vorbeigegangen, während unsere Gewerkschaften dieser Frage seit jeher größeres Interesse gewidmet haben.

Hinsichtlich der elementaren Erfordernisse für die Sozialisierung bezieht sich Müller auf den englischen Sozialisten Richardson, der sechs sehr geschickte Thesen aufstellt:

„Erstens muß sie (die Sozialisierung) möglich sein, d. h. sie muß mit der menschlichen Natur rechnen, wie sie ist, und nicht wie sie sein sollte; zweitens darf sie keine gewaltsame und plötzliche Veränderung in der Verfassung der Gesellschaft versuchen;

drittens muß, während die Anwendung schrittweise erfolgt, die Wirkung jedesmal eine unmittelbare und sichere sein;

viertens muß sie, wenn erst eingeleitet, in ihrer Wirkung dauernd sein und automatisch funktionieren;

fünftens muß ihr Wirken den Anforderungen der Gerechtigkeit, ihre Verwirklichung denen der Billigkeit entsprechen, und

sechstens muß sie elastisch sein, d. h. beständige Erweiterung, Modifizierung und Vervollkommnung zulassen.“

Dementsprechend betrachtet Müller den Sozialismus als Endprodukt einer lange dauernden sozialen Evolution, und er will den Begriff „Sozialisierung“ nur gelten lassen als eine Beschleunigung dieses an sich bereits wirksamen Entwicklungsprozesses. Diese Beschleunigung glaubt er in einem vernünftigen Ausbau des Rätegedankens zu sehen. Allerdings erwärmt sich Müller nicht für

jenen Rätegedanken, der in Rußland entstand, und dort lediglich eine Folge des Fehlens jeder politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse war. Der russische Rätegedanke ist die Verwirklichung einer ebenso abstrakten wie absurden Form der Diktatur des Proletariats unter Ablehnung jeglicher Demokratie, während die Sozialdemokratie wie ihre großen Vorkämpfer die Diktatur des Proletariats ausschließlich durch die Demokratie ausüben lassen wollten. Da aber Müller das demokratische Parlament nicht als zweckmäßig erachtet für die Ausübung der wirtschaftlichen Funktionen des Staates, akzeptiert er die Räteinstitution für die wirtschaftlichen Aufgaben. Er verweist darauf, daß er schon im Herbst 1916 an der Herstellung einer Zeitschrift beteiligt gewesen ist, in der die Schaffung eines Reichswirtschaftsrates vorgeschlagen wurde, und daß er als Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts bereits am 30. November 1918 dem Rat der Volksbeauftragten ein Wirtschaftsprogramm unterbreitet habe, dessen 1. Punkt eine materielle und ideelle Beteiligung der Arbeiter an allen wirtschaftlichen Vorgängen im Sinne einer Unterordnung aller privaten unter die sozialen Interessen forderte. Die Schaffung von rechts- und geschäftsfähigen Wirtschaftsverbänden unter paritätischer Teilnahme der Arbeiter und der Unternehmer mit Einflußnahme des Staates als des Vertreters allgemeiner Interessen sollte diesem Ziele dienen. Diese Auffassung Müllers deckt sich durchaus mit unserer eigenen, und die Gewerkschaften haben im Verein mit den Unternehmerverbänden durch die Schaffung der Arbeitsgemeinschaften, als Krönung des bisher von ihnen errichteten Gebäudes des kollektiven Arbeiterrechts, schon eine erhebliche Vorarbeit zur Organisation des Wirtschaftslbens auf diesem Wege geleistet. Müller will dann daneben die Räteorganisation ungefähr in dem Sinne, wie sie nun inzwischen von der Reichsregierung in Angriff genommen und im Prinzip auch vom Gewerkschaftskongress in Nürnberg gebilligt worden ist: Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften in den Betrieben, dann Bezirksräte, die durch Urwahlen der Arbeiter entstehen, und schließlich einen paritätisch zusammengesetzten Reichswirtschaftsrat. Diesem Reichswirtschaftsrat will er die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben des Reiches überweisen und er sieht in ihm ein Mittel, die Bedeutung des Parlaments zu heben, weil er glaubt, daß die Belastung parlamentarischer Organe mit wirtschaftlichen Detailfragen ein Grund für die schwindende geistige Bedeutung des Parlamentarismus ist.

Müller entpuppt sich in seinem Buche somit als der geistige Urheber der „Planwirtschaft“, denn er hat, wie schon oben angeführt, die wirtschaftliche Organisation in Zweckverbänden bereits im November vorigen Jahres der damaligen Revolutionsregierung vorgeschlagen. In seinem Buche entwirft er ein Programm, das den Sozialismus vorbereiten helfen soll: Sparjamie und rationellste Wirtschaftsführung, Stärkung des Großbetriebes, Verteilung der Arbeit nach den leistungsfähigsten Betrieben, Ersatz des Handels durch rationelle Verteilung, Schaffung von staatlichen Importmonopolen an Stelle des privaten Einfuhrhandels, Verringerung der Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalisten, Durchführung einer Bedarfsdeckungs-wirtschaft und Entdeckung von Mitteln, die in gleicher Weise Arbeitsfreude und Erfindungsgeist anregen

Abdruck.
Polizeipräsidium.
Nr. 581.

Posen, den 23. Juni 1919.

Polizeiliche Strafverfügung.

Gegen die Inhaberin des Lokals „Flora“, Frau Maria Anders, wohnhaft in Posen, Auguste-Viktoria-Str. 3, wird, weil sie am 21. Mai d. J. eine Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert und beraten wurden, und die polizeilich nicht angemeldet war, abhalten ließ, wegen Übertretung des § 1 des Gesetzes vom 11. März 1850 eine Geldstrafe von 150 Mk. festgesetzt, für die im Nichtbeitreibungsfalle für je 5 Mk. ein Tag Laß tritt.

Beweismittel: Polizeibeamter.

Gegen diese polizeiliche Strafverfügung kann binnen einer Woche nach der Zustellung bei der unterzeichneten Polizeibehörde oder bei dem Standesamt Posen auf gerichtliche Entscheidung angetragen werden. Die Geldstrafe samt den Kosten ist binnen einer weiteren Woche bei der hiesigen Polizeikasse (Zimmer 18) einzuzahlen, andernfalls Zwangsbeitreibung erfolgt. (Kassenstunden zwischen 9 und 12 Uhr vormittags.) (Stempel)

Der Polizeipräsident.*

Die Verfügung spricht für sich selbst. Das von der Entente „befreite“ Polen beginnt seine Tätigkeit mit der Wiederherstellung des seit einem Jahrzehnt abgeschafften, in der preussischen Kontrarevolution geschaffenen reaktionären Vereinsrechts! Das ist die berühmte „Freiheit der Völker“, die das angeblühte Kriegsziel der Entente war.

Statistik und Volkswirtschaft.

Revolutionsideale.

Der frühere Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. August Müller hat soeben ein Buchlein*) über Sozialisierung erscheinen lassen, das zur weitesten Verbreitung in Arbeiterkreisen empfohlen werden muß. Müller wendet sich einleitend gegen die Phrasenhelden, die in der Revolution sich in Radikalismus überbieten, vor der Revolution aber zu einem nicht geringen Teil ebenso sehr antirevolutionär waren. Er spricht von „Oktoberdemokraten“, „Novembersozialisten“ usw. und weiß manches treffende Wort von dieser Gattung zu sagen, die wir, soweit sie zur Arbeiterklasse gehören, zu einem nicht geringen Teil früher im gelben Lager oder in den aller rückständigsten Angestelltenkreisen antreffen konnten. Er zeigt auch an treffenden Beispielen, wie ideenarm die deutsche Revolution im Verhältnis zu den großen Revolutionen früherer Epochen ist und selbst die Versammlung in der Paulskirche dünkt ihm gegenüber unserem heutigen Zustande als ein ideenreiches Parlament. Gewissermaßen als Ideenerbe haben wir die Begriffe „Sozialisierung“ und „Räteystem“ bekommen, und Müller unternimmt es nun, diese beiden Fragen zu untersuchen. Er weist nach, daß der Begriff „sozialisieren“ allerdings neu ist, denn in der sozialistischen Terminologie wurde früher nicht vom „Sozialisieren“ gesprochen, sondern von „Verstaatlichung“ oder „Vergesellschaftung“. In jedem Fall haben wir uns die sozialistische Wirtschaftsverfassung als ein Produkt der ökonomischen Entwick-

lung vorgestellt. Und die Durchführung der politischen Demokratie sollte erst die Durchführung des Sozialismus ermöglichen. Der Sozialismus sollte also ein Produkt der wirtschaftlichen und politischen demokratischen Entwicklung sein. Heute dagegen wird das Wort „sozialisieren“ bereits als Tätigkeitswort gebraucht und die Vorstellung wurde erweckt, als könnte man die Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Gesetzgebungswege einfach in wenigen Monaten vollenden. Gegen diese Illusion wendet sich Müller mit trefflichen Argumenten, betont aber ausdrücklich, daß es auch nach seiner Auffassung keinen andern Ausweg aus der verhängnisvollen Lage gibt, als die Sozialisierung.

Sie durchzuführen, müssen eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen werden. In erster Linie verlangt Müller die Wiederherstellung der Arbeitsfreude, weil nur dann eine Bessergestaltung der Lage des Volkes möglich ist, wenn die Produktion und ihre Intensität gehoben, größere Warenmengen geschaffen und somit die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen gewährleistet wird. Die heutigen Lohnbewegungen, die eine erhebliche Steigerung der Löhne herbeigeführt haben, können diesem Ziele nicht dienen. Denn sie zwingen nur dazu, die Notepresse intensiv zu beschäftigen, schaffen lediglich ungeheure Mengen von Papierscheinen, denen die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Massen nötigen Warenmengen nicht gegenüberstehen. Die Wege freilich, die Müller zur Hebung der Arbeitsfreude angibt, scheinen uns kaum zweckmäßiger zu sein, als die von ihm abgetanenenen Mittel, die Kautsky einst in seiner Schrift „Am Tage nach der sozialen Revolution“ empfohlen hat. Kautsky wollte die Anziehungskraft der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung und Lohn erhöhungen steigern, die Arbeit weniger unangenehm machen, und er hoffte im übrigen ein Erwachen der Freude an der Arbeit, das der Abneigung gegen sie entgegenwirkt. Außerdem wollte Kautsky die gewerkschaftliche Disziplin im Produktionsprozeß einführen. Müller will die Disziplin und die Arbeitsfreudigkeit dadurch stärken, daß Lohnformen gesucht werden, die das Interesse der Arbeiter am größeren Ertrag ihrer Arbeit erhöhen. Und als solche Lohnformen nennt er die Akkordlöhne, die Anwendung des Taylorsystems unter Vermeidung seines ausbeuterischen Charakters, die Einrichtung verschiedener Lohn- und Gehaltsstufen, die der höherwertigen leitenden Arbeit einen wesentlich höheren Lohn gewähren. Müller ist also auf das Rezept der russischen Bolschewisten zurückgekommen, die, nachdem sie jede Arbeitsdisziplin und Arbeitsfreude in der russischen Industrie zerstört hatten, nur den alten Zwang der kapitalistischen Lohnformen einschließlich des Taylorsystems als Allheilmittel vorfanden. Wir sind nicht unter allen Umständen gegen die Akkordlöhne, unsere Gewerkschaften haben vielmehr auch in der kapitalistischen Wirtschaft Mittel und Wege gefunden, das Akkordlohnsystem für die Arbeiter erträglich zu gestalten. Aber wir können die Akkordlöhne ebenso wenig wie früher als die zweckmäßigste Lohnform anerkennen, halten es vielmehr für notwendig, mit der größten Entschiedenheit auch heute darauf zu verweisen, daß die Akkordarbeit Mordarbeit sein kann, auch wenn sie unter sozialistischer oder bolschewistischer Verhüllung präsentiert wird. Wir haben in unserer Volkswirtschaft gewiß Arbeitszweige, wo der Akkordlohn eine zweckmäßige und bei sozialer Ausgestaltung auch für die Arbeiter eine erträgliche

*) Sozialisierung oder Sozialismus? Von Dr. August Müller, Staatssekretär a. D. Verlag Ullstein & Co., Berlin 1919. Preis 3 Mk.

Zu den Arbeiten der Verwaltungsbehörden sind die Fürsorgeberechtigten bzw. deren Organisationen in ausreichendem Maße stimm- und beschlußfähig heranzuziehen, mit paritätischen Kommissionen zur Schlichtung von Streitigkeiten.

Um den Teilinvaliden die Möglichkeit der Zuweisung von Arbeitsbeschaffung zu geben, soll den Arbeitsämtern eine besondere Abteilung für Erwerbsbeschränkte angegliedert werden.

Die Stadt soll die Fürsorge in der Beschaffung von nötigen künstlichen Gliedern, Fahrstühlen und orthopädischen Hilfsmitteln für diejenigen Fürsorgeberechtigten übernehmen, die nach keiner Seite hin auf Gestellung derselben Anspruch erheben können.

Alleinstehende unversorgte Mütter mit mehr als zwei im Haushalt befindlichen versorgungspflichtigen Kindern sind nach den gleichen Grundätzen den Erwerbsunfähigen gleichzustellen, ebenfalls als alleinstehende werdende Mütter vier Wochen vor und vier Wochen auch nach der Entbindung.

Alle Fürsorgekinder sind zu zeitgemäßen Säben unterzubringen, so daß deren ausreichende Verpflegung, Erziehung und Beaufsichtigung gewährleistet erscheint. Zur Kontrolle der Pflegestellen sowie der städtischen und privaten Kinderheime, Herbergen-Erziehungsanstalten und Hospitäler sind neben geeigneten Sozialbeamtinnen in besonderem Maße Vertreterinnen der Mütter heranzuziehen.

Diejenigen schulpflichtigen Kinder, die infolge körperlicher Leiden, Schwäche usw. die Schule nicht besuchen können, sind festzustellen. Den genügend geistig entwickelten Kindern ist geeigneter Sonderunterricht in passenden Räumen zu erteilen. Eventuell auch einzeln in besonderen Anstalten. Zur Erlernung eines geeigneten Berufes ist für sachmännliche Beratung und kostenfreie Bereitstellung geeigneter Hilfsmittel Sorge zu tragen.

Fortfall des Begriffs „Armenpflege“ bei allen sozialen Hilfsmassnahmen der Stadt, Ernennung von Ausschüssen in Volkspflege und Heilanstalten aus den Reihen der Pflegetlinge, bevorzugte Belieferung von Nahrungsmitteln an besonders entkräftete Personen wie Amputierte, Sieche, Kranke, Wöchnerinnen usw.

Allen Geschwächten und im Gehen schwer behinderten Personen mit einem Einkommen bis 3000 Mark werden billigere Karten auf den Straßenbahnen zur Verfügung gestellt.

Dies sind in groben Umrissen die Forderungen des Bundes. Im einzelnen betrachtet wird man kaum eine finden, die an sich unberechtigt wäre — und dennoch ist die Erfüllung dieser Wünsche für die Städte fast unmöglich. Hier kann nur eine staatliche Regelung eingreifen. Man denke nur daran, daß wenn eine Stadt dies Programm durchführte, der Zuzug natürlich dorthin verstärkt würde. Hier muß die Wohlfahrtsgesetzgebung für das Reich oder den Staat eingreifen. Es kommt ferner in Betracht, daß in der Wohlfahrtspflege ohne Individualisierung gar nicht auszukommen ist, eine Tarifizierung, wie es hier bei bestimmten Punkten empfohlen wird, ist undenkbar. Zunächst ist wohl zu fordern, daß das preußische Ausführungsgezet über die Armenpflege recht bald fällt, damit eine großzügigere Auffassung in der Wohlfahrtspflege zur Geltung kommt.

Ohne weiteres wird aber anerkannt werden müssen, daß bestimmte Wünsche, die hier geäußert werden, auch schon ohne größere gesetzliche Aktionen erfüllt werden könnten. Dazu brauchten die einzelnen Städte gar nicht zu warten, bis diese Ein-

gabe früher oder später auch an sie kommt, sondern ganz aus dem Geiste der neuen Zeit heraus. So die Mitbestimmung der Pflegetlinge — in bestimmtem Umfange natürlich nur — könnte ohne weiteres durchgeführt werden, sie hat sich in der Lazarettversorgung ganz gut bewährt.

Die Berücksichtigung bei der Straßenbahn durch Fahrpreisermäßigung kann ebenfalls durchgeführt werden, ebenso die Einrichtung von besonderen Abteilungen in den Arbeitsämtern, die Berufsberatung und die Mitbestimmung, wo sich ein Fürsorgeberechtigter aufhalten will.

Dagegen scheint uns die Liste, soweit sie sich mit den Forderungen für Frauen mit zwei Kindern usw. beschäftigt, doch weit über das Ziel hinauszuschießen. Nicht in den Forderungen an sich, sondern weil diese wirtschaftlich Schwachen doch wohl nicht als Arbeiterinvaliden und sonstige „Erwerbsunfähige“ angesprochen werden können. Hier kommen andere Fragen mit in Betracht, die nicht auf dem Gebiete liegen, die der Bund geregelt wissen will. Zweifellos muß auch für sie die Öffentlichkeit mobil gemacht werden.

Wir sehen an dieser Liste, welche ungeheure neue Aufgaben uns bevorstehen, fast zu viel für unsere Zeit. . . . Thomas.

Arbeiterbewegung.

Unrast überall.

Als das Wort, der Weltkrieg sei die Weltrevolution, geprägt wurde, hat es an Thomas'ischer Ungläubigkeit nicht gefehlt. Die Beweise haben indes nicht lange auf sich warten lassen. Und es werden ihrer mit jedem Tag mehr. Zurzeit gibt es fast kein Land der Welt mit nennenswerter Industriebevölkerung mehr, wo sich nicht der proletarische Acheron in steigender Gärung befände. Ja sogar Länder wie Indien, Ägypten, Malta und China sind von einer beispiellosen Unrast befallen.

Im Grunde genommen handelt es sich bei allen Bewegungen zunächst um wirtschaftliche Forderungen. Achtstundentag mit Lohnaufbesserung spielt allerwärts, anfänglich wenigstens, die Hauptrolle. Aber mit der Forderung nach mehr Lohn steht das Verlangen nach Abbau der Lebensmittelpreise in engstem Zusammenhang, ein Verlangen, das nicht an das Unternehmertum, sondern an die Regierung oder gesetzgebende Gewalt gerichtet wird. Dabei wird sicherheitsshalber für die Arbeiterschaft Einfluß auf die Preisfestsetzung, Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung von Lohn und Warenpreis gefordert, wozu nicht selten das Verlangen nach Verstaatlichung von Produktionsmitteln, insbesondere der Bahnen und Bergwerke, kommt. Da nun in den Weststaaten, wozu hier Nordamerika und Kanada gerechnet sind, die Regierungen noch mehr als anderswo als die Geschäftsvertretungen der Kapitalistenklasse zu gelten haben, richtet sich dort ganz naturgemäß der Kampf bald mehr gegen sie als gegen das Unternehmertum. Aus der wirtschaftlichen Bewegung wird schnell eine politische. Es liegt in der Natur großer wirtschaftlicher Ausstände, daß sie in kurzer Zeit zu politischen Ausständen, zu Machtpöben zwischen Proletariat und Staatsgewalt auswachsen. Diese Regel wird in den letzten paar Wochen wiederum vielfach bestätigt.

In allen Staaten werden die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen einer schweren Belastungsprobe unterworfen. Nach Auß-

wie das Selbstinteresse. Die Entwicklung muß dann zur Ueberführung von dazu reifen Betrieben in Staatsbesitz, Schaffung von Gemeindebetrieben, Ausbreitung der Genossenschaften und schließlich zu Steuerreformen führen.

Müller selbst sagt in der Einleitung, daß er vielleicht nicht neue Ideen in seinem Buche gibt, daß er aber sich die Aufgabe gestellt hat, schon vorhandene Ideen neu zusammenzufassen. Das ist ihm zweifellos gelungen und niemand wird sein Büchlein aus der Hand legen, ohne Anregungen daraus geschöpft zu haben.

W. J.

Eine internationale Einfuhrmesse in Frankfurt a. M.

Unter Beteiligung auch der Frankfurter Arbeitererschaft wird vom 1. bis 15. Oktober in Frankfurt am Main eine Messe veranstaltet werden, die den Erzeugnissen aller Länder, soweit Rohprodukte und Halbfertigfabrikate in Frage kommen, Gelegenheit bietet, zur Schau zu kommen. Der Abschluß des Friedens stellt die Völker vor die Aufgabe, die gemeinsame Arbeit für die Zivilisation wieder aufzunehmen, hierzu gehört vor allen Dingen der Austausch von Wirtschaftsgütern zwischen den einzelnen Staaten. Für uns, die wir durch die Blockade abgeschnitten waren, ist die Wiederanknüpfung von internationalen Beziehungen besonders dringlich. Man erwartet von der Messe, daß die Deckung des Bedarfs der deutschen Wirtschaft in Rohstoffen und Halbfabrikaten dadurch begünstigt wird, um die deutsche Industrie dadurch instand zu setzen, sich am internationalen Güterverkehr zu beteiligen. Luxusartikel werden nur zum Handel im Durchgangsverkehr zugelassen. Mit der Einfuhrmesse wird eine Verkaufsschau deutscher Erzeugnisse verbunden sein, die dem Besucher des Auslandes Gelegenheit geben soll, sich einen Ueberblick über die zur Ausfuhr bereiten Waren zu verschaffen und sie im Bedarfsfalle als Ausgleich für die an Deutschland verkauften Produkte zu verwenden. Jedenfalls hat auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeitererschaft lebhaftes Interesse daran, daß sich die großen Hoffnungen erfüllen, die man auf das Unternehmen setzt.

Soziales.

Neue Aufgaben der Arbeiterfürsorge.

Man kann sich eines gewissen Gefühls der Nutzlosigkeit nicht erwehren, in diesem Augenblick von neuen sozialen Aufgaben zu reden, wo der Staat und die Gemeinden, die private und die öffentliche Wohlfahrt, alle Hände voll zu tun haben, die Aufgaben zu bewältigen und die berechtigten Wünsche zu erfüllen, die diese Körperschaften als trauriges Erbe von dem zusammengebrochenen Reich übernommen haben. Und doch hilft es nichts, wenn wir eine Vogelstraußpolitik betreiben und die Augen absichtlich verschließen wollten vor den Aufgaben, die mit der neuen Zeit an die Tür pochen.

Nach außen fast unbemerkt, ist zu Pfingsten hier in Frankfurt a. M. eine Organisation ins Leben gerufen worden, die sich Bund der Arbeiterinvaliden und sonstiger Erwerbsunfähiger nennt. Der Bund will die Interessen aller derer vertreten, die als nicht voll Erwerbsfähige in Betracht kommen, alle die von Geburt, im Dienste der Arbeit oder wie immer um den Gebrauch der Glieder gekommen sind. Das ist eine Zahl, die viel, viel größer ist, wie wir im allgemeinen glauben.

Der Bund ist recht schnell mit einem Programm an die Öffentlichkeit getreten, in dem er die Wünsche und Forderungen der Arbeiterinvaliden vertritt. Ein flüchtiger Blick auf die Liste zeigt, daß die Interessenten an sich durchaus nichts fordern, was als zu weitgehend betrachtet werden müßte, aber — und nun kommt der Pferdefuß, daß die Gesellschaft bisher auch nicht im Entferntesten daran gedacht hat, auch nur einen bescheidenen Teil der Wünsche zu erfüllen. Gewiß war die Armenpflege da, gewiß gab es Heime aller Art und kleine Renten in diesem und jenem Fall, aber das war doch alles nur ein Almosen — zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig.

Die reichsgesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge hat diese vom Schicksal verfolgten Volksgenossen noch besonders darauf hingewiesen, wie sie bisher zu Unrecht behandelt worden sind. In dieser Unterstützung, so sagen die Arbeiterinvaliden, ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Gesamtheit die Beschützerin aller derjenigen ist, die durch wirtschaftliche Depression nicht in der Lage sind, ihre Arbeitskraft in Leistungen umzusetzen. Aber es hat eine Lücke: es ist nicht das Schicksal derjenigen in Betracht gezogen, die durch körperliche Leiden, Verstümmelung, Siechtum, Lähmung, Alter oder als alleinstehende Mütter vieler Kinder in der Arbeitsfähigkeit gänzlich behindert oder doch sehr beschränkt sind. Aber gerade diese Gruppe von Menschen, sind heute mehr denn je der wirtschaftlichen Unsicherheit ausgesetzt. Es fehlt ihnen der Anspruch auf ein „wirtschaftliches“ Existenzminimum“, wie es von Reichsseite für die Arbeitslosen anerkannt worden ist. Sie werden weiter wie Ortsarme behandelt, hin und hergestoßen.

Der Bund verlangt nun in seinem Programm, entsprechend dem heute fester denn je geprägten Grundsatz: Jeder Mensch hat den Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein, die gleiche wirtschaftliche Sicherstellung wie die Arbeitslosen. Er sagt: selbstverständlich wird das heiligste Gesetz auch dieser Gruppe von Menschen die Arbeit sein. Die Freude am Schaffen soll auch ganz besonders den Invaliden innewohnen und im besonderen dazu beitragen, daß er auch seelisch gefunden kann. Den Teil der Arbeit, den der Invalide ohne Beeinträchtigung seines Kräftezustandes und Befindens im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und des tarifmäßigen Arbeitsabkommens zu leisten vermag, soll von ihm getan und verlangt werden. Bei denjenigen, die völlig gelähmt, stich oder dauernd von Schmerzen heimgesucht werden, sowie alleinstehende Mütter zahlreicher Kinder hat dies Verlangen auszuscheiden. Es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, daß es hier einfach ein Gebot der Menschenpflicht ist, vor Leistungen dieser völlig Erwerbsunfähigen abzusehen; im Gegenteil, hier ist alles zu tun, das Dasein nach der materiellen Seite hin so sorglos wie irgend möglich zu gestalten.

Auf Grund dieser allgemeinen Thesen hat nun der Bund an die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung eine Reihe von Anträgen eingereicht, die schon deshalb allgemeines Interesse verdienen, weil es natürlich nicht bei Frankfurt bleiben wird, sondern die Bundesvertretungen werden allerorts versuchen, diese Wünsche geltend zu machen. Es sei deshalb hier ein kurzer Auszug davon gebracht. Der Bund fordert zunächst Selbstbestimmung für jeden Fürsorgeberechtigten. Solange er sich im Besitz seiner geistigen Fähigkeiten befindet, soll er selbst entscheiden, wo er seine Pflege nehmen will.

land und den Mittelstaaten jehen sich nun, nach Friedensschluß, die Weststaaten einer gleich schweren Prüfung ausgesetzt. England begann den Reigen mit einem Versuch, der zwar schon Beträchtliches zeitigte, aber eben doch nur als ein Versuch anzusehen ist, dessen Fortsetzung, wie viele Zeichen hindeuten, nicht lange auf sich warten lassen wird. Augenblicklich stehen Amerika, Kanada, Belgien, Frankreich und Italien in starker Wahrung. Ihre ganze Ausbreitung, die zu erfassen von der Zensur schier unmöglich gemacht wird, wird sie erst erhalten, wenn die Soldaten heimgekehrt sind und bei der vergeblichen Suche nach Arbeit sich ihrer trostlosen Lage ganz bewußt werden.

Von einem gleichmäßigen Entwicklungsgang der allgemeinen Bewegung ist, wie leicht begreiflich, keine Rede. Sie geht auf und nieder, erweitert sich hier, verengert sich dort, verschwindet in einem Lande oder Gegend oder Industrie, lodert dafür anderwärts um so kräftiger auf. Immer aber hält sie die öffentliche Gewalt in steter Besorgnis, zwingt zu steter Bereitschaft, zieht zunehmend die proletarischen Geister in ihren Bann. Jedenfalls läßt sie die siegestrunkene herrschende Klasse, die nach Ruhe zur Verdaunung der Siegesbeute verlangt, nicht zur Ruhe kommen.

In Frankreich sind die Ausstände jetzt allgemein. In der Metallindustrie wurde schon seit Wochen allenthalben gestreikt, ohne daß eine Arbeitsaufnahme irgendwo bemerkbar wäre. In der zweiten Juniwoche hat die gesamte Bergarbeiterchaft den Generalstreik erklärt, die Seecleute haben sich anzuschließen beschlossen. Nachrichten aus Paris melden den Ausstand der Eisenbahner als nahe bevorstehend. Wie in England, so ist es auch in Frankreich zu einem Dreiverband zwischen Bergarbeitern, Seecleuten und Eisenbahnern gekommen. Die Regierung hatte zur Beruhigung der Bergleute ein Gesetz für den Achtstundentag durchgedrückt, es konnte aber seinen Zweck nicht erreichen, weil die amtliche Prüffigkeit glaubte darauf bestehen zu müssen, als Arbeitszeit habe die Zeit zwischen der Lampenannahme und -abgabe zu gelten, während die Bergleute verlangten, als Arbeitszeit müsse die Zeit zwischen der Einfahrt des ersten Mannes in die Grube und der Ankunft übertags des letzten Mannes angenommen werden. Mit dem Achtstundentag wird eine Lohn-erhöhung gefordert, um die himmelwärts geschwellten Bucherpreise für Nahrungsmittel auszugleichen. Die ungläubliche Teuerung wird auf die Habgier der Händler zurückgeführt. Sie spekulieren auf Haufe, halten darum mit den Waren zurück. In welchem Maße dies geschieht, läßt ein Aufruf der Gewerkschaftszentrale ahnen. Es heißt darin:

„Tausende von Tonnen Weizen verfaulen in den algerischen Häfen, weil die Müller eine neue Erhöhung der Brotpreise in Aussicht genommen haben. Alle Arten Waren füllen die Quais. Schiffe können nicht einfahren zum Löschen. Leere Bahnwagen verstopfen die Ausgangsstationen, so daß die Nahrungsmittel in den Lagerchuppen verderben. Den Fabriken mangeln die Rohstoffe, so daß nichts erzeugt werden kann. Dieser Zustand im Verein mit einer neuen Mißtimmung, die die Massen zur Empörung treibt, heischt sofortige und wirkame Maßnahmen.“

Mit der Kunde von der Bildung des schon erwähnten Dreiverbandes kommt die Mitteilung, daß die französische, belgische und italienische Gewerkschaftszentrale darüber verhandeln, gemeinsame den Generalstreik (wegen des Gewaltfriedens?) zu erklären.

In Belgien war die Bewegung, die vor etwa acht Wochen allgemein gewesen, teilweise abgelaut, abgebaut worden. Neuerdings ist sie wieder in vollem Aufstieg. Die Vorbereitungen scheinen diesmal gründlicher zu sein. An Stelle der Einzelkämpfe tritt eine allgemeine Bewegung. Am 16. Juni fanden in den 27 größten Städten Niesenkundgebungen statt. „Das belgische Proletariat“, heißt es in dem Brüsseler Blatt „Le Peuple“, „erklärt seinen Willen nach Wohlfahrt und Gerechtigkeit, für den Achtstundentag und den Mindestlohn.“ Aber es wäre verfehlt, diese Bewegung als eine rein wirtschaftliche anzusehen. Einige Tage nach der großen Kundgebung stellten 4000 Eisenbahner gleichfalls wirtschaftliche Forderungen, die einen starken Stich ins Politische haben. Gleichzeitig wurde von der Sozialistischen Garde ein Aufruf verbreitet, der Rückschlüsse auf den Geist der Arbeiterschaft zuläßt. Der Aufruf kam unter dem Eindruck der Friedensbedingungen zustande und sagt am Schluß:

„Die revolutionären Kräfte widersetzen sich den Absichten der Herrschenden. Heute macht die Handlungsweise (der Entente) Ungarn gegenüber seine wirklichen Beweggründe offenkundig: die Vernichtung jeder sozialistischen Flamme, die die Welt erleuchtet, um jeden Preis und mit allen Mitteln. Es ist unmöglich, daß wir dem Kampfe zwischen den sozialistischen Republiken und dem Weltimperialismus untätig zuschauen. Unsere Kameraden in Rußland und Ungarn würden berechtigt sein, in unserer Empfindungslosigkeit ein stilles Abkommen zwischen den weststaatlichen Sozialisten und den reaktionären Mächten der Welt anzunehmen. Ein Proletariat, das nicht mit letzter Energie gegen die Maßnahmen protestiert, die tagtäglich gegen die Arbeiter Rußlands, Ungarns und anderer Länder getroffen werden, würde ein Proletariat sein, viel verbrecherischer als die reaktionäre Bourgeoisie selbst.“

In den letzten Sätzen fordert das Flugblatt den Vorstand der belgischen Arbeiterpartei auf, sich mit der Sozialdemokratie in Frankreich, Italien und England über eine gemeinsame Aktion gegen die weltweite Reaktion zu verständigen.

Viel bedeutamer noch sind die Vorgänge in Italien. Ausstände fast in allen größeren Städten. Wie in Neapel, so auch anderwärts. Generalstreik mit ständigen Scharmücheln zwischen Arbeitern und der öffentlichen Macht. „Die Polizei braucht ausgiebig ihre Waffe, die Stadt ist in einem Zustand, der dem Belagerungszustand gleicht“, heißt es in einem Bericht aus Neapel. Angesichts des bedrohlichen Zustandes soll das laut nach Heimkehr schreiende Militär nicht entlassen werden. Die Lebensmittelnot steigt ins grauenhafte. Der Kurs des Lire wird mit amerikanischer Hilfe noch einigermaßen gehalten, ohne welche er auf dem Stand der österreichischen Krone stände. Zu alledem kommt noch die tiefe Enttäuschung über den Friedensvertrag. Alle Bevölkerungsschichten fühlen sich betrogen. Alles, was ihnen zugebilligt worden sei, wäre auch ohne Krieg zu haben gewesen. Diese Meinung hat eine Regierungskrise gezeitigt, die zu beheben noch kein Weg sichtbar ist. Der Sekretär der sozialistischen Partei hat einem Ausfrager erklärt, zwischen den Bruderparteien Englands, Frankreichs und Italiens sei ein gemeinsamer Generalstreik verabredet.

In den letzten Tagen mehrten sich die Alarmzeichen aus den Vereinigten Staaten. Zwar

ließen schon die ängstlichen Beteuerungen, die den Berichten über den Aufstand in Kanada angefügt waren, die Bewegung habe die Grenze des Dollarländes noch nicht überschritten, vermuten, daß das Gespenst schon im Hause des Onkels Sam erschienen sei. Die zunehmende Größe der Berichte läßt auf zunehmende Stärke der Bewegung in der Union schließen. Das Militär wurde für den Nationalfeiertag, den 4. Juli, in Bereitschaft gesetzt, an welchem Tage eine Erhebung als wahrscheinlich gehalten wurde. Vorderhand weiß man nur, daß vom Anfang des Juni an sich die Gärung durch Bombenattentate anzeigte. In vielen Städten wurden Anschläge auf politisch hervorragende Personen, auf Staatsanwälte, Abgeordnete und Unternehmer verübt. In Washington wurde das Heim des Generalstaatsanwalts Palmer durch eine Bombe arg beschädigt. Dieser Palmer, der als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat gilt, ist das Haupt des Staatsdepartements, dessen Hauptaufgabe die Durchführung des Spionagegesetzes und der Zensur mit ihren Postbeförderungsverboten ist, die gehen alle rücksichtslos angewendet wurden und werden, die nicht in das mordspatriotische Geschrei einstimmen. Zur Zeit der Attentate ist landweit ein Flugblatt verbreitet worden, das Aufschluß über die Urheber wie über das Ziel der Bewegung gibt. Seine Sprache läßt kein Mißverständnis zu. Man höre:

„Ein offenes Wort! Die gegenwärtigen Mächte haben Amerikas machen kein Fehl, daß sie hier die weltweite Bewegung unterdrücken wollen. Diese Mächte haben die Verantwortung für den Kampf zu tragen, den sie herausgeschworen. Die Lösung der sozialen Frage kann nicht länger hinausgeschoben werden. Der Klassenkampf ist entbrannt. Er kann nur mit einem vollen Sieg des Proletariats enden. Die Herausforderung ist eine alte. Sie gilt den demokratischen Lords der autokratischen Republik. Wir haben von Freiheit geträumt. Wir haben nach einer besseren Welt gestrebt. Und Ihr habt uns eingesperrt. Ihr habt uns niedergeknüppelt. Ihr habt uns deportiert. Ihr habt uns gemordet, wenn immer Ihr konntet. . . . Es wird Blutbergießen geben. Wir werden dem nicht aus dem Wege gehen. Es wird Todschlag geben. So werden wir totschlagen, weil es nötig ist. Es wird Zerstörungen geben. So werden wir zerstören, um die Welt von den tyrannischen Institutionen zu befreien. Wir sind bereit, alles und jedes zu tun, um die Kapitalistenklasse zu unterdrücken, gerade so als Ihr alles und jedes tatet, das revolutionäre Proletariat zu unterdrücken.“

Den Kern der Bewegung bildet, nach den Verhaftungen zu urteilen, die Organisation der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.). In Pittsburg wurde der Vorsitzende ihrer Ortsgruppe, Johnson, nach einem Revolverkampf verhaftet. Ob die I. W. W. allein hinter der Bewegung steht, kann nun freilich nicht als sicher gelten. Denn die Organisation war, früher wenigstens, sehr schwach, so daß sie schwerlich eine dermaßen große Zahl von Anschlägen organisiert haben kann. Sollten an der Bombenlegerei vielleicht die Pinkertons mitbeteiligt sein? Neben der naturgemäß in dem Vordergrund stehenden Attentatsbewegung ist eine andere, ernste allgemeine Bewegung gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion in der Entwicklung begriffen, deren ganze Bedeutung zu beurteilen erst nach Aufhebung der Zensur, also nach Friedensschluß, möglich sein wird.

Früh Nummer.

Das Schicksal unserer Kriegsgefangenen.

Wie sich auch sonst die deutsche Arbeiterschaft politisch zum Kriege und zum Friedensschluß gestellt hat und noch stellen mag: In einem Punkte sind alle einig, nämlich in der Forderung nach einer möglichst baldigen Heimkehr unserer kriegsgefangenen Volksgenossen! Schon beginnt sich hier und da der Unwille darüber, daß diese Heimkehr noch nicht erfolgt ist, in temperamentvoller Weise Luft zu machen. Aber möge man sonst die Reichsregierung für mancherlei wirkliche oder vermeintliche Veräumnisse verantwortlich machen — in dieser Frage trifft sie kein Verschulden. Zunächst gilt der Frieden erst dann als abgeschlossen, wenn er auch von drei der feindlichen Regierungen anerkannt (ratifiziert) ist. Das ist bis jetzt nicht der Fall. Weiter ist eine gemeinsame Kommission einzusetzen, die die mit dem Rücktransport zusammenhängenden Fragen zu regeln hat — wie die Tagespresse berichtet, ist auf Entensseite die Ernennung der Kommissionsmitglieder bis heute noch nicht erfolgt. Aber auch, wenn alle Formalitäten vollzogen sein werden, sind die Schwierigkeiten noch nicht beseitigt, ja dann beginnen dieselben womöglich erst. Daß es nicht geschieht oder doch, daß sie bald behoben werden — darüber werden die deutschen Arbeiter zu entscheiden haben. In den Bestimmungen über die Rückgabe der Kriegsgefangenen heißt es nämlich, daß dieselbe in einer Weise zu erfolgen hat, daß die Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten in Nordfrankreich und Belgien dadurch keine Unterbrechung erleiden. Das heißt mit anderen Worten — da sich Deutschland zum Wiederaufbau hat verpflichten müssen — daß die Heimkehr der bei diesen Arbeiten beschäftigten Kriegsgefangenen erst erfolgen kann, wenn an ihrer Stelle genügend freie Arbeiter zur Verfügung stehen. Es kommt also darauf an, daß sich deutsche Arbeiter in genügender Zahl bereithalten, nach den zerstörten und wieder aufzubauenden Gebieten zu gehen und daß das rechtzeitig geschieht. Damit allein ist es aber noch nicht getan; sie müssen sich auch zur Annahme solcher Arbeitsbedingungen bereit erklären — die die französische Regierung nicht ablehnt!

Es ist einleuchtend — die Bestimmungen des Friedensvertrages sprechen darüber eine beredte Sprache —, daß die französische Regierung und mit ihr alle Ententeregierungen nichts so sehr fürchten, als das Uebergreifen der revolutionären Welle auf ihre Gebiete und ihre Arbeiterchaften. Bei diesem Awehrkampf steht die französische Regierung im vordersten Treffen. Und sie wird diesen Kampf so führen, daß kein deutscher Arbeiter französischen Boden betreten darf, der sich im Besitz eines ihr nicht genehmen Arbeitsvertrages befindet! Darin beruht die Verantwortlichkeit der deutschen Arbeiter für das Schicksal unserer Kriegsgefangenen. Bei der Stärke, die heute die deutschen Gewerkschaften erlangt haben, ist es ganz gewiß nicht schwer, die Reichsregierung zur Anerkennung von Arbeitsbedingungen für die nach Belgien und Nordfrankreich gehenden deutschen Arbeiter zu bewegen, die allen revolutionären Erregungen entsprechen. Es fragt sich eben nur, ob diese Arbeitsverträge Gnade finden werden vor den Augen der französischen Regierung. Es wird sich bei dem, was die letztere befürchtet und eventuell beanstanden dürfte, in der Hauptsache nicht um die eigentliche Lohnfrage handeln, sondern weit mehr wohl um die Art des Arbeitsverhältnisses und der Betriebsart. Und wenn es auch selbstverständlich ist, daß die deutschen Arbeiter jede nur mögliche Sicher-

rung auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete für sich zu beanspruchen haben, so müssen sie sich doch auch klar darüber sein, daß sie unter den gegebenen Umständen der Reichsregierung nicht Bedingungen stellen, die diese beim besten Willen nicht erfüllen kann, weil sie sie nicht erfüllen darf. Die deutschen Arbeiter werden sich also unter Umständen mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß auch sie in dieser Sache ein Opfer zu bringen haben, weil einmal jeder Kampf um diese Bedingungen an den Dingen nichts ändert und zum andern jeder Tag Verzögerung für unsere kriegsgefangenen Väter, Brüder und Söhne einen Tag Verlängerung ihrer Qualen und ihres Martyriums bedeutet und unter Umständen sogar ihre Heimkehr vor vollendetem Wiederaufbau überhaupt in Frage stellen kann. Und in dieser Hinsicht auf die Unterstützung der französischen Gewerkschaften zu rechnen, die in ihrem letzten Manifest nicht ein Wort des Protestes gegen den Gewaltfrieden gefunden haben und somit auch das traurige Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen für ganz in der Ordnung zu befinden scheinen, erscheint vorläufig aussichtslos.

Es bleibt deshalb dabei: In Eurer Hand, deutsche Arbeiter, liegt das Schicksal unserer kriegsgefangenen Volksgenossen! A. Knoll.

Nachschrift der Redaktion: Nach uns zugegangenen Mitteilungen sollen sich die französischen Gewerkschaften überhaupt gegen den Wiederaufbau Nordfrankreichs durch deutsche Arbeiter wenden, weil sie diese Arbeiten der französischen Arbeiterschaft vorbehalten wollen. Damit würde diese Frage auf ein ganz anderes Gleis kommen; die deutschen Zahlungen würden, wenn diese Nachricht zutrifft, in bar und nicht in Arbeitskraft zu erfolgen haben, soweit es sich nicht um eine eventuelle Lieferung von Baustoffen handeln würde.

Sturmzeichen.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so werden die Ereignisse schon der nächsten Zeit die von den Kommunisten und Unabhängigen während der ersten Revolutionszeit gestellte Frage, ob die deutschen Arbeiter noch Gewerkschaften brauchen, sehr unzweideutig beantworten — soweit es nicht die Arbeiter durch ihren Massenbeitritt zu den Gewerkschaften schon selbst besorgten. Die Frage wurde damals der „Massenpsyche“ gerecht. In der politischen Gluthitze der Novembertage wurde so mancher Spießbürger, und nicht zuletzt die im Arbeiterfittel, wird. Die Leute, die vor dem Kriege, ja, noch vor der Revolution, nichts von unseren Gewerkschaften wissen wollten, die unsere Organisationen bekämpften und geschmäht hatten — sie loderten etwas plötzlich in heller Begeisterung für die Befreiung der Arbeiter vom fluchwürdigen kapitalistischen Joch. Und was diese neugeborenen Klassenkämpfer sonst gescheut hatten: den Streik — jetzt holten sie nach, worauf sie jahrelang teils unfreiwillig, zum großen Teil aber freiwillig verzichtet hatten. Ein Streik jagte den anderen; ein wahres Trommelfeuer von Forderungen ging auf die fast völlig widerstandslosen, durch die politischen Vorgänge eingeschüchterten Unternehmer nieder. Selbst die (nach dem Volksbeauftragten Emil Barth) „hahnebüchernen“ Forderungen wurden bewilligt, die die Gewerkschaften vor dem Kriege nicht einmal als Demonstration aufzustellen gewagt hätten, weil ihr Verantwortlichkeitsgefühl die Abtötung des Gemeinns nicht zuläßt. Aus demselben Grunde konnten sie sich auch nicht an der Umwertung der Revolution in eine große Lohnbewegung

beteiligen und so ging es eben „ohne Gewerkschaften“. Deshalb kann es kaum Wunder nehmen, daß die Ansichten der Leute, die so lange den Gewerkschaften fernstanden, um die wenigen Beitrags Groschen zu sparen, auf andere Personen übersprangen. Die Agitatoren, die damals das Ohr der Massen fanden, taten nichts, um der falschen und verderblichen Gefühlspolitik, die häufig nur den allzu leichten Siegen entsprang, entgegenzutreten. Im Gegenteil, diese „Organisatoren“ schürten die Wut der Arbeiter gegen die Organisationen. Sie riefen: Nieder mit den Gewerkschaften, und ihre unkundigen Anhänger wußten nicht, daß das hieß: Nieder mit den Arbeitern.

Ich erinnere an den Berliner Kongreß des Spartakus-Bundes. Während die mißverstandenen Tarifverträge als „Slavenverträge“ denunziert wurden, verlangte eine andere Entschliebung die sofortige Vernichtung der Gewerkschaften. Nur der Einspruch kommunistischer Gewerkschaftsführer — es gibt auch solche Käuze — und die politische Klugheit der Frau Luxemburg „retteten“ diesmal den Gewerkschaften noch einmal das Leben! Die von den Entschliebungen der radikaleren Kommunisten abhängigen Unabhängigen tanzten auch jetzt, wie ihre Herren piffen. Die große Masse der Unabhängigen unterstützte in den ersten Revolutionsmonaten in angeborener Simplität die gewerkschaftsfeindliche Agitation der Spartakisten, die sich übrigens zum gleichen Zweck aus dem Heere der Arbeitslosen eine Rekrutenschule bildeten.

Die U. S. P. ist inzwischen offiziell von dieser Politik abgerückt. Allein, indem sie alle Macht für die Arbeiterräte fordert, läßt sie den Gewerkschaften keine Macht, ihre Aufgaben zu erfüllen. Alle Macht den Arbeiterräten, heißt: Nieder mit den Gewerkschaften. Bis zur Erreichung dieses Zieles fördern die Unabhängigen die Gewerkschaften dadurch, daß sie möglichst viele „Arbeiterverräter“ durch ihre Anhänger ersetzen. Ob dadurch die Parole der Kommunisten nicht nebstbei erreicht wird, muß die Zukunft lehren. Der „Grundstein“ kündigte in einer seiner letzten Nummern an, daß man sich mit der Geschäftsführung einiger „unabhängigen“ Zahlstellenleiter wohl bald werde beschäftigen müssen. Die radikale Leitung der Hamburger Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes wurde kürzlich in aller Öffentlichkeit gestürzt, weil sie in einem Klempner-tarif außer sonstigen „revolutionären“ Errungenschaften auch folgendem Satz ihre Zustimmung gab: „Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern steht im Ermessen des Arbeitgebers.“

Die für diese Tarifbestimmung verantwortlichen Leute sitzen in der Hamburger Bürgerschaft als Vertreter der U. S. P. und begegnen allen Vermunftgründen der S.-P.-D.-Vertreter mit dem Ruf: Alle Macht den Arbeiterräten. Konsequenter sind da schon die Berliner Metallarbeiter, die sich bekanntlich gegen jedes Kollektivabkommen erklärten.

Die Frage ist nur, haben die Unternehmer oder die Arbeiter den Vorteil vom Verzicht auf Kollektivabkommen. Die Zeiten, in denen man durch Massenaufgebote die Unternehmer einschüchterte und selbst die „hahnebüchernen“ Forderungen durchsetzte, sind vorbei. Das sollte auch dem revolutionärsten Metallarbeiter nicht unbekannt sein. Das magere Ergebnis des Berliner Verkehrstreiks sollte allen Draufgängern zu denken geben. Das alte Kräfteverhältnis ist zum guten Teil wiedergekehrt und damit müssen die alten reellen gewerkschaftlichen Kampf-mittel wieder zu Ehren kommen. Bei dem Ver-

kehrsarbeiterstreik haben alle nichtgewerkschaftlichen U.-S.-P.-Instanzen, an der Spitze der jamaose Vollzugsrat, panterott gemacht und erst als die Verbandsleitung den Arbeitern beisprang, kam es zum leidlich ehrenvollen Abschluß.

In vielen Unternehmerkreisen hat man die feste Absicht, keinerlei Lohn erhöhungen mehr zuzustimmen und effische besonders dummdreiste Ausbeuter denken gar schon an einen Abbau der Löhne. Zur Begründung ihrer arbeitereindlichen Haltung verweisen sie auf die Herabsetzung der Lebensmittelpreise und sobald die Ursache der hohen Löhne nicht mehr im alten Maße vorhanden sei, müßten — natürlich im Interesse der Wirtschaft, nicht etwa im Profitinteresse der Unternehmer — auch die Löhne herabgesetzt werden. Der Berliner Verkehrstreik entstand bekanntlich, weil die Unternehmer die Entscheidung über die Wirtschaftsbeihilfe um 6 Wochen herausziehen wollten, um die Wirkung der Lebensmittelverbilligung abzuwarten.

Gegen solche Absichten muß von vornherein und mit aller gebotenen Schärfe protestiert werden. Die ausländischen Lebensmittel wurden eingeführt, weil ohne sie Deutschland in die Gefahr des Verhungerns geriet. Dann stellte sich heraus, daß ungezählte Arbeiter trotz der erhöhten Löhne sich die teuren Lebensmittel nicht kaufen konnten und auf sie zugunsten der Reichen verzichten mußten. Die Herabsetzung der Lebensmittelpreise wäre ja schließlich nichts als eine Liebesgabe an die Unternehmer, wenn diese sie ganz oder auch nur teilweise wieder von den Löhnen abziehen könnte. Aber in der letzten Zeit werden auch Gebrauchsgegenstände billiger angeboten; es ist nur eine Frage der Zeit und die Frage des Lohnabbaues wird brennend. Die Gewerkschaften werden den Abbaumütigen ja manche Rufe zu machen geben, wobei es sich zeigen wird, ob die radikalen Organisierten Stange halten werden. Wenn es nicht gelingt, sich über den „Lohnabbau“ gütlich zu einigen, dann wird die Wirtschaft gerade in der Zeit, in der sie jede arbeitende Hand braucht, heftigen Störungen ausgesetzt sein. Deshalb ist es angebracht, von vornherein den Unternehmern die Grenze des Abbaus zu zeigen. Selbst wenn die Preise der Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel im Laufe der nächsten Monate auf einen erträglichen Stand sinken sollten, selbst dann kann von einem Lohnabbau für lange Zeit hinaus noch nicht die Rede sein. Hunderttausende sind durch die Kriegsjahre körperlich und wirtschaftlich derart zurückgekommen, daß die Löhne in den meisten Fällen noch nicht einmal ausreichen, die dringendsten Bedürfnisse zu decken. In erster Linie steht zwar die Ernährung, aber mit der besseren Ernährung erwacht allmählich wieder das Menschentum. Und dann erst wird der Mensch gewahr, auf was er alles unter der drückenden Kriegsnot verzichten mußte. Es wird nur wenige Arbeiterfamilien geben, wo es nicht an allen Ecken und Enden in Küche und Kammer fehlt wird. Neben Hausrat fehlt es an Bettwäsche; die Leibwäsche ist vielfach zusammengepflegt und von allen Dingen tragen wir zum größten Teil Erbs. Es gilt, viel zu kaufen, vieles zu ersetzen, bevor dem Gedanken von Lohnabbau nähergetreten werden kann. Selbst beim schärfsten Sinken der Preise werden die Unternehmer auf lange Zeit auf die Herabsetzung der Löhne verzichten müssen. Wir Armen haben ja fünf Jahre lang und werden es wohl noch länger, auf so manches unbedingt zum Leben gehörendes Verzicht leisten müssen — und ich hoffe, die Reichen haben es auch gelernt, sonst wird's höchste Zeit

Um einen Maßstab zu gewinnen, in welcher Weise die Preise herabgesetzt sein müssen, bevor man die Löhne folgen lassen kann, muß man sich erinnern, in welchem ungeheuren Maße die Preise während des Krieges gestiegen sind. Das „Hamburger Echo“ hat vor einigen Wochen nach „zuverlässigen Aufzeichnungen“ festgestellt, wie sich die Nahrungsmittelpreise in Hamburg bis zum Ende des ersten Quartals 1919 gegen 1913 gestaltet haben. Der Nahrungsmittelverbrauch eines Erwachsenen in drei Monaten wurde für Waren auf Marken 1919 mit 64,60 Mk., 1913 mit 20,92 Mk. berechnet; für Waren im freien Handel 1919 mit 241,95 Mk., 1913 mit 34,79 Mk. und für Waren im Schleichhandel 1919 mit 278,25 Mk., 1913 mit 21,15 Mk. Im ersten Fall steigt die Steigerung im Verhältnis wie 300 zu 100, im zweiten wie 700 zu 100 und im dritten wie 1300 zu 100. Bei der Zusammenstellung aller drei Bezugarten kommt dann ein Preisverhältnis von 750 zu 100 zustande. Wörtlich heißt es im „Hamburger Echo“:

„Niemand wird behaupten können, daß einer üppig lebt, wenn er täglich soviel Nahrungsmittel verbraucht, wie er 1913 für sage und schreibe 85 Pf. (fünfundachtzig Pfennig) erhalten haben würde. Im ersten Quartal 1919 aber haben eben diese Nahrungsmittel, nur in teilweise schlechterer Qualität, nicht weniger als 6,38 Mk. (sechs Mark achtunddreißig Pfennig) gekostet. Das bedeutet eine Preissteigerung von etwa siebenhundertfünfzig Prozent.“

Bei dem Hamburger Beispiel sind nur die Lebensmittelpreise berücksichtigt. Mieten, Bildungsausgaben usw. sind gar nicht in Rechnung gestellt. Den einsichtigen Unternehmern wird anheimgestellt, zu berechnen, um wieviel die Löhne ihrer Arbeiter weniger gestiegen sind als die Lebens- und Bedarfsmittelpreise und um wieviel die Preise gesunken sein müssen, bevor ein Lohnabbau überhaupt erörtert werden kann. Wenn diese Einsicht fehlt, wird es zu schweren Kämpfen kommen. Kommen die Unternehmer zu früh mit dem Lohnabbau und stellen sie zu weitgehende Ansprüche, dann stoßen sie auf ganz entschiedenen Widerstand bei den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften denken nicht daran, das heutige Elend der Arbeiter zu bereinigen. Im Interesse der Arbeiter ist zu hoffen, daß dem hinter dem Wagen der Arbeiterbewegung herlaufenden und ständelierenden neuartigen „Gewerkschaftsrettern“ und Gewerkschaftsfeinden bis dahin gleichermaßen die Luft ausgegangen ist. Zurzeit z. B. auf den Abschluß eines Kollektivvertrages zu verzichten, liegt aus Gründen, die jedem Gewerkschaftsführer bekannt sein müssen, einzig und allein im Interesse der Unternehmer, wie es augenblicklich nicht im Interesse der Arbeiter liegt, vorteilhafte Tarife allzu kurzfristig abzuschließen. Aus gewissen Gründen möchte ich es bei dieser Andeutung bewenden lassen.

Aus Anlaß der Herabsetzung der Lebensmittelpreise wurde auch schon die Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung erörtert. Nichts wäre törichter als das. In dem Augenblick, der mehr Lebensmittel bringt, will man den Erwerbslosen die Möglichkeit nehmen, sie zu kaufen. Das darf nicht geschehen. Die Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung kann nur konform gehen mit dem Lohnabbau. Die Gewerkschaften haben ein großes Interesse daran, einer anderen Regelung entgegenzuarbeiten. Ich gehe einig mit Karl Kautsky, der schon vor anderthalb Jahrzehnt eine einiger-

maßen ausreichende Arbeitslosenunterstützung für den ärmsten Schlag hielt, der das Unternehmertum treffen könnte. Sie nimmt den Kapitalisten die freihändige Verfügung über die Reservearmee. Es ist zu wünschen, daß die Gewerkschaften (und die sozialistischen Parteien) diesen Umstand nicht vergessen. Eine Herabsetzung unter das Existenzminimum bedeutet die Züchtung von Streikbrechern. Die Gewerkschaften muß, vielleicht schneller als ihnen lieb ist, auf die Solidarität der Arbeitslosen angewiesen — es sei denn, daß die Weiterzeichen flügen.

Carl Lindow.

6 Millionen Mitglieder der Gewerkschaften Deutschlands.

Zum Gewerkschaftskongreß in Nürnberg konnten wir die erfreuliche Mitteilung bringen, daß die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften bereits 5,4 Millionen betrug. Heute ist diese Zahl überholt. Nach den neuesten uns zur Verfügung stehenden Ziffern sind gegenwärtig 6 097 300 Mitglieder in unseren Centralverbänden vereinigt.

Diese erfreuliche Zunahme zeigt am besten, daß aller Boykottpropaganda der linksstehenden Revolutionsgruppen zum Trotz die Arbeitermassen doch erkannt haben, daß die gewerkschaftliche Organisation die Voraussetzung jeder dauernden und wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen darstellt. Auch die Tatsache, daß in den wenigen Wochen seit dem Nürnberger Kongreß rund 700 000 neue Mitglieder den Gewerkschaften zuströmten, ist nicht ohne Interesse. Sie darf als ein symptomatischer Beweis dafür angesehen werden, daß die Beschlüsse des Kongresses dem Bewußtsein der Arbeitermassen entsprechen. Die große Masse der Arbeiter wollen eine Vertretung ihrer Interessen, die sich nicht von Zufallsstimnungen führen läßt, sondern ihres Weges zielbewußt geht und ihre Maßnahmen dem jeweils Möglichen anpaßt. Die übergroße Mehrheit des Gewerkschaftskongresses war von diesem Gedanken geleitet, ihre Beschlüsse wurden von den reichen Erfahrungen, die das Ergebnis der bisherigen jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kämpfe sind, diktiert. Solange dieser feste Boden nicht verlassen wird, dürfen wir die Zuversicht haben, daß die deutschen Gewerkschaften ihren Aufmarsch fortsetzen werden.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Verband der Bäcker konnte im ersten Halbjahr bei 334 Lohnbewegungen 224 Tarifverträge zum Abschluß bringen.

Die „Verbandszeitung“ der Brauereiarbeiter hat eine Auflage von 70 000 erreicht. Der Fabrikarbeiterverband berichtet, daß seine Mitgliederzahl bereits 500 000 überschritten hat.

Der Gemeindearbeiterverband hatte am 1. Juli 221 843 Mitglieder.

An der Arbeitslosenstatistik des Holzarbeiterverbandes beteiligten sich im Monat Juni 1008 Zahlstellen mit 304 108 Mitgliedern. Die Zahl der Arbeitslosen betrug insgesamt 13 414, davon waren 5891 Mitglieder am letzten Tage des Monats arbeitslos, gleich 1,94 Proz. gegen 2,99 Proz. im Vormonat.

Die „Lederarbeiterzeitung“ erinnert in einem lehrswerten Aufsatz daran, daß am 1. August 50 Jahre seit Gründung der Organisation der Handschuhmacher verfloßen waren. Auf einem am 4. Juli 1869 nach Arnstadt einberufenen Kongreß der Handschuhmachergehilfen wurde die Grün-

dung eines centralen Vereins beschlossen, der als „Verein der französischen Handschuhmacher“ am 1. August ins Leben trat. Die Organisation hat eine sehr segensreiche Tätigkeit für die Berufszugehörigen entfaltet. Seit einem Jahrzehnt sind die Handschuhmacher mit den Lederarbeitern in einem Verbande vereinigt.

Die Jahresabrechnung des Metallarbeiterverbandes für 1918 schließt mit einem Mitgliederbestande von 786 186 gegen 392 350 am Schlusse des Vorjahres. (Im Mai d. J. waren es bereits 1 358 722.) Der Rechnungsabschluß zeigt in Einnahmen und Ausgaben 15 628 949,74 Mark gegen 11 171 260,13 Mk. im Jahre 1917, also mehr: 4 457 689,61 Mk. Die Reineinnahmen betrugen 15 022 601,24 Mk. (1917 10 708 812,77 Mk.). Die Ausgaben der Hauptkasse für Unterstützungen sind bedeutend gestiegen. Sie betragen 4 235 542,30 Mark gegen 1 710 731,68 Mk. im Jahre vorher. Schon 1917 waren sie im Vergleich zu 1916 wesentlich gestiegen. Im vergangenen Jahre haben sie sich aber mehr als verdoppelt. Am meisten gestiegen ist die Krankenunterstützung. Sie stieg von 1 269 506,33 Mark auf 3 263 842,74 Mk., also stärker als die Mitgliederzahl. * Wenn man nun noch bedenkt, daß neu aufgenommene Mitglieder noch keinen Anspruch auf Krankenunterstützung haben, so liegt ohne weiteres der Schluß nahe, daß die Gesundheit der Verbandskollegen namentlich im letzten Jahre sich bedeutend verschlechtert hat, und zwar infolge der anstrengenden Arbeit und der sich immer mehr verschlechternden Ernährung. Auch die Arbeitslosenunterstützung, 593 291,06 Mk. gegen 158 420,01 Mk. im Jahre vorher, ist wesentlich gestiegen. Auch die Steigerung der Ausgaben für Sterbegeld (260 985 Mk. gegen 177 543,31 Mk.) zeugt von der Verschlechterung im Gesundheitszustande der Verbandsmitglieder.

Die Verschmelzung des Deutschen Musikerverbandes und des Verbandes der Zivilmusiker ist am 1. Juli erfolgt, so daß nunmehr die Einheitsorganisation dieser Berufsgruppe erfreulicherweise durchgeführt ist. Gewerkschaftlicher Vorsitzender ist der bisherige Vorsitzende des Zivilmusikerverbandes Fauth, während der frühere Vorsitzende des Deutschen Musikerverbandes, G. Cordts, als Vorsitzender in allen Fragen der Kunst, des Ausbildungswezens und der Sozialisierung zeichnet. Der Name des Einheitsverbandes ist Deutscher Musikerverband, und die Adresse: Berlin SW 11, Bernburger Str. 31.

Zu dem Beschluß der Generalversammlung des Hutmacherverbandes, Verhandlungen mit dem Schneiderverband wegen Schaffung eines Einheitsverbandes einzuleiten, schreibt die „Fachzeitung für Schneider“ u. a.:

„Auf die Dauer ist es aber ein unhaltbarer Zustand, daß die Angehörigen einer Branche in zwei Organisationen organisiert sind. Das kann zu Grenzstreitigkeiten führen, die im Interesse der guten Sache vermieden werden müssen. Das einzige Mittel und der richtige Weg, diese Grenzstreitigkeiten zu vermeiden und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Putzmacherinnen, die im allgemeinen noch tiefertraurig sind, zu heben, ist die Verschmelzung beider Organisationen. Beide Verbände werden dadurch nur gewinnen. Und darum hoffen wir, daß die Verhandlungen über die Verschmelzung sobald wie möglich eingeleitet und zu einem guten Ende geführt werden. Ueber die Bedingungen einer Einheitsorganisation wird sehr leicht eine Einigung zu erzielen sein.“

Die Gesamtzahl der Lohnbewegungen des Schuhmacherverbandes,

über die 1918 berichtet wurde, belief sich, wenn man die Durchführung des Fabrikarbeits für Zivilschutzwerk als nur eine Bewegung rechnet, auf 20 an 58 Orten in 668 Betrieben. Beteiligt waren 13 611 weibliche und 17 022 männliche, zusammen 30 633 Personen. Von diesen wurde für 29 123 Personen eine Lohnerhöhung durchgeführt in Gesamtsumme von 295 816 Mk. pro Woche. Das bedeutet im allgemeinen Durchschnitt eine Lohnerhöhung auf den Kopf von 10,16 Mk. pro Woche.

Der Verbandsbeirat des Steinerberverbandes veröffentlicht aus Anlaß der Wahl des bisherigen Verbandsvorsitzenden Knoll zum Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgende Erklärung im Verbandsorgan:

„Der Verbandsbeirat begrüßt die Beschlussfassung des Nürnberger Gewerkschaftskongresses betr. Aufhebung des Mannheimer Abkommens mit der sozialdemokratischen Partei und die parteipolitische Neutralitätserklärung der Gewerkschaften.

Der Verbandsbeirat macht es auf Grund dieser Beschlussfassung den Funktionären des Verbandes (Angestellten und Nichtangestellten) zur Pflicht, auch ihrerseits im Verbandsorgan dieselbe neutrale Stellung zu bewahren, wozu sich die Angestellten ohne weiteres bereit erklären. Der Verbandsbeirat erwartet aber auch von den Mitgliedern des Verbandes, daß sie ihrerseits die Funktionäre des Verbandes nicht lediglich um ihrer Parteistellung willen angreifen, und weiter, daß sie sich bei einer etwaigen Kritik der gewerkschaftlichen Tätigkeit derselben nicht in Grenzen bewegen, die die persönliche Ehrenhaftigkeit der kritisierten Personen nicht in Frage stellt, weil dadurch die Stellung der Funktionäre dem Unternehmertum gegenüber erschwert und unter Umständen gänzlich erschüttert wird, wodurch letzten Endes die wirtschaftlichen Interessen der Gesamtmitgliedschaft selbst schweren Schaden erleiden würden.“

Die unbesoldeten Beiratsmitglieder fügen dieser Erklärung folgende Mahnung an die Mitglieder hinzu:

„Die nichtbesoldeten Mitglieder des Verbandsbeirats erklären hierzu noch besonders, daß sie in den ehrenrührigen Angriffen auf die Angestellten des Verbandes eine schwere Schädigung der Verbandsinteressen erblicken. Unsere Angestellten sind die gewöhnlichen Vertrauensleute unseres Verbandes; jede Anzweiflung der Ehrenhaftigkeit derselben muß zur Folge haben, daß einerseits das Vertrauen zu denselben systematisch untergraben und andererseits die Arbeitsfreudigkeit der Angestellten zerstört wird. Es entsteht dadurch die Gefahr, daß nach und nach die befähigtesten unserer Kollegen aus dem Verbandsorgan gedrängt werden, was nur zum Schaden des Verbandes ausschlagen müßte.“

Kongresse.

Verbandstag der Asphaltteure und Pappbecker Deutschlands.

Der Verbandstag fand vom 22. bis einschließlich den 25. Juni in Dortmund statt. Anwesend sind 15 Delegierte und ein Vertreter des Hauptverbandes.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes ist folgendes zu entnehmen:

Der letzte Verbandstag (Ostern 1914) in München hatte recht weitgehende Maßnahmen in Bezugnahme auf die Erwerbslosenunterstützung zugunsten der Mitglieder beschlossen. Die Wirkung

dieser Beschlüsse in der Praxis beurteilen zu können, war leider nicht möglich, da der Krieg alle Beschlüsse über den Haufen warf. Wie andere Verbände, so mußte auch unser Verband das Statut, soweit die Unterstützungseinrichtungen in Frage kamen, außer Kraft setzen. In erster Linie mußten die Mittel des Verbandes für die arbeitslosen Mitglieder bereitgestellt werden. Ferner mußte auch für die Angehörigen der zum Kriegsbeere eingezogenen Mitglieder soweit als tunlich gesorgt werden. Mehr als 75 Proz. der Mitglieder waren zum Kriegsbeere eingezogen. Manche Verwaltungsstellen wurden beim Ausbruch des Krieges völlig lahmgelegt, weil sämtliche Mitglieder zum Heere eingezogen waren. Die Finanzen gestalteten sich mit jedem Kriegsjahr ungünstiger. Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen. Der Vorstand schrieb zwei Ertragssteuer, eine im März 1915, die zweite, je einen Wochenbeitrag, im September und Oktober 1917, aus, um den Ausfall zu decken. Diese Maßnahme fand leider nicht das richtige Verständnis bei den Mitgliedern. Mit dem 1. Oktober 1917 wurden die statutarischen Unterstützungseinrichtungen wieder in vollem Umfange in Kraft gesetzt. Da man nach der ganzen Sachlage damit rechnen konnte, daß der Krieg sich seinem Ende näherte, mußte der Hauptvorstand dafür Sorge tragen, den zurückkehrenden Kollegen die weitestgehende Wiedereingliederung der wirtschaftlichen Nöte zu sichern. Der Vorschlag des Verbandsvorstandes, den Wochenbeitrag von 60 Pf. auf 75 Pf. zu erhöhen, fand erfreulicherweise einmütige Zustimmung. Der Wochenbeitrag von 75 Pf. trat mit dem 1. Juli 1918 in Kraft. Er hat zweifelsfrei zur Gesundung der Finanzen des Verbandes geführt.

Trotz der ungünstigen Geschäftslage in der Asphaltindustrie konnte der Verband auch während des Krieges durch Tarifabschlüsse recht erhebliche Lohn-erhöhungen, Steuerermäßigungen u. a. m. für die Mitglieder durchsetzen. Leider war es bis heute nicht möglich, die kleinen Verwaltungsstellen wieder lebensfähig zu machen. Trotz aller Mühe des Hauptvorstandes gelang es auch nach den Novembertagen 1918 nicht, die kleinen Verwaltungsstellen aufzurichten. So unangenehm das ist, es muß just gesagt werden. Die Scharte ist indes ausgeglichen. Die Mitgliederziffer von 1914 ist nicht nur erreicht, sondern am Schlusse des 1. Quartals 1919 bei weitem überschritten. Das Wachsen der Mitgliederziffer hält auch jetzt noch an, so daß man getrost in die Zukunft blicken kann.

Die Finanzen des Verbandes haben sich am Schluß des Jahres ganz wesentlich gebessert. Das 1. Quartal 1919 zeigt eine weitere erfreuliche Besserung trotz der hohen Summe, die für die Arbeitslosenunterstützung aufgewendet werden mußte. Die Finanzen ergeben seit 1914 folgendes Bild:

Die Einnahmen betragen im 1. Halbjahr 1914:	
aus den Eintrittsgeldern	138,— Mk.
aus den Beiträgen	12310,— „
	<hr/>
insgesamt	12448,— Mk.

dagegen im 2. Halbjahr 1914:	
aus den Eintrittsgeldern	89,— Mk.
aus den Beiträgen	7798,— „
an Zinsen	719,— „

Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 1914	8547,90 „
die Ausgaben der Hauptkasse betragen 1914	12576,18 „
	<hr/>
Mehrausgabe	4028,28 Mk.

1915 betragen die Einnahmen	4393,33	Mf.
die Ausgaben	7963,39	"
Die Mehreinnahme betrug	3570,06	Mf.
1916 betrug die Einnahme	4066,18	"
die Ausgabe	5838,85	"
Die Mehrausgabe betrug	1772,67	Mf.
1917 betrug die Einnahme	3563,71	"
die Ausgabe	5170,12	"
Die Mehrausgabe betrug	2106,41	Mf.
1918 betrug die Einnahme	5455,41	"
die Ausgabe	5487,99	"
Die Mehrausgabe betrug	32,58	Mf.

Die Mehrausgabe ist 1918 erfreulicherweise trotz des Steigens der Preise für alle Bedarfsartikel doch ganz wesentlich zurückgegangen. Hieraus ergibt sich, daß die Vorfürsorge des Hauptvorstandes, die Beiträge zu erhöhen, durchaus berechtigt war.

Aus den Ausgabenposten seien nur einige hervorgehoben.

Im Jahre 1914 im 1. Halbjahr wurden ausgegeben: für Arbeitslosenunterstützung 1084 Mf., für Krankenunterstützung 1534 Mf., für das Verbandsorgan 1436 Mf., für Gehälter 1103 Mf.

Im 2. Halbjahr wurden ausgegeben: für Arbeitslosenunterstützung 2580 Mf., für Krankenunterstützung 237 Mf., für Streiks 575 Mf., für Familienunterstützung (Angehörigen der zum Kriegsheer eingezogenen Mitglieder) 4628 Mf.

Vom 3. August 1914 bis 31. Dezember 1918 wurde insgesamt aufgewendet: für Familienunterstützung 7449 Mf., für Arbeitslosenunterstützung 7409,40 Mf., für Unterstützungen aller Art 17535 Mf.

Die Kosten des Verbandsorgans stiegen trotz Verringerung der Auflagen ganz erheblich. So betrug die Ausgabe: 1914: 2584 Mf., 1917: 2884 Mf., 1918: 3106 Mf.

Für Krankenunterstützung wurden 1918 1172 Mark, für Arbeitslosenunterstützung 555 Mf. aufgewendet.

Soweit die Kriegsteilnehmer aus dem Felde zurückkehrten und sich gemeldet haben, wurden diese sofort ohne Durchmachung der Karenzzeit unterstützt.

Der Bericht des Vorstandes schließt: „Der Verband hat schwere Zeiten durchlebt. Inwiefern er hat die Krise überstanden. Das Ende des Jahres findet uns bereits wieder in einem erfreulichen Aufstieg. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß es weiter vorwärts geht.“

Eine wesentliche Kritik an dem Geschäftsbericht des Hauptvorstandes wurde seitens des Verbandstages nicht geübt. Nur Leipzig führte die üblich gewordenen Vorwürfe, daß die Politik der Generalkommission und mit dieser auch die der Gewerkschaftsvorstände den Kapitalismus geschützt habe?! u. a. m. Ebenso richtete ein Leipziger Vertreter seine maßlosen Angriffe gegen die Redaktion. Nicht die Gewerkschaftsarbeit wurde kritisiert, sondern die „Politik“ der Vorstände und der Generalkommission, doch wohl nur deshalb, weil sie nicht den Methoden der U. S. P. entspricht.

Das Verbandsstatut hat eine wesentliche Änderung erfahren. Alle Anträge auf Schmälerung der an die Hauptkasse abzuführenden Beträge wur-

den glatt abgelehnt. Der Verbandstag beschloß, das Eintrittsgeld auf 1,50 Mf., den wöchentlichen Beitrag — ab 1. Juli — auf 1 Mf. festzusetzen.

Die Unterstützungsanstaltungen haben eine recht erhebliche Erhöhung zugunsten der Mitglieder erfahren. Die Sterbeunterstützung wird vom 1. Januar 1920 ab auf 35 Mf. anfangs, steigend bis 120 Mf. erhöht; sie wird im Todesfalle der Ehefrau auch dem Manne gewährt.

Die Erwerbslosenunterstützung hat der Verbandstag in zwei Gruppen, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, zerlegt, die nach folgender Scala bei der Arbeitslosenunterstützung gewährt wird:

nach 1 Jahr bzw. 52 Wochenbeitr.	40 Tage à 1,10 Mf.
" 104 Wochen bis 260	" 40 " à 1,50 "
" 260 " " 364	" 50 " à 1,75 "
" 364 " " 468	" 54 " à 2,— "
" 468 " " 520	" 54 " à 2,25 "
" 520 " " "	" 54 " à 2,75 "

Bei der Krankenunterstützung stellen sich die Sätze folgendermaßen:

nach 52 Wochen pro Tag (40 Tage)	0,50 Mf.
" 104—260 " " " (40 ")	0,75 "
" 260—364 " " " (50 ")	1,— "
" 364—468 " " " (50 ")	1,25 "
" 468—520 " " " (50 ")	1,50 "
" 520 " " " (50 ")	1,75 "

Die Streifenunterstützung wird auf 3,75 Mf. pro Tag festgesetzt für alle diejenigen, die dem Verbandsorgan bereits 52 Wochen angehören. Den noch nicht bezugsberechtigten Mitgliedern, die indes mehr als 26 Wochenbeiträge geleistet haben, kann eine Unterstützung von 2,50 Mf., denen, die noch nicht 13 Wochenbeiträge geleistet haben, eine solche von 2 Mf. pro Tag gewährt werden.

Die Referate von Link über: „Unsere Tarifverträge“ brachten instruktive Anweisungen. Obwohl die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen sind, müsse der Charakter der Forderungen in den Grundzügen ein einheitlicher sein. — Das Referat über „Bauarbeiterchutz“ brachte eine Reihe von Mißständen, wie sie im Beruf bestehen, zum Ausdruck. Der Referent gab Fingerzeige, wie zu verfahren sei. — Das Referat über: „Die Gewerkschaften im neuen Deutschland“ von Link, das zurückgestellt wurde, wird dem Protokoll einverleibt.

Lebhaft gestaltete sich der Punkt der Wahlen zum Hauptvorstand. Leipzig hatte beantragt, den Sitz des Vorstandes nach Leipzig zu verlegen, ebenso das Verbandsorgan dort zu drucken und den derzeitigen Redakteur mit dem 1. Juli seines Amtes zu entheben. Die Anträge wurden glatt abgelehnt. Als festangestellter Vorsitzender wurde Kriegisch-Werlin gewählt. Hirschmeier-Leipzig erhielt zwei Stimmen. Kassierer und Redakteur wurden wiedergewählt. Als Sitz des Ausschusses wurde Hamburg bestimmt. Winger wurde als Obmann gewählt.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wurde der Verbandstag geschlossen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Verhandlungen in der Weißglasindustrie.

Die mit der Unternehmerorganisation abgeschlossene Tarifgemeinschaft für die Weißglasindustrie war am 30. Juni abgelaufen. Es kam nicht zu einem neuen Abschluß, weil die Arbeiterchaft die Forderung der Abschaffung der Akkordarbeit neben

einer Reihe anderer Forderungen aufgestellt hatte und die Unternehmer sich in kategorischer Weise dagegen erklärten. Mit Ablauf der Tarifgemeinschaft kam es zu einem größeren Ausstand der Weißglasmacher und Schleifer in der Ober- und Niederlausitz sowie zu Streiks in Sachsen.

Die neuen Verhandlungen betrafen noch einmal die Forderungen der Arbeiterschaft. Neben der Forderung der Abschaffung des Affordsystems war auch die Abschaffung des Zwischenmeisterystems gefordert worden sowie Festsetzung von Mindestlöhnen und anderes. Eine Einigung zwischen den beiden Parteien konnte am ersten Verhandlungstage nicht erzielt werden, vielmehr drohten die Verhandlungen wiederum völlig zu scheitern. Es wurde dann mit Zustimmung beider Parteien der Vorsitzende des Gewerbegerichts in Dresden als Unparteiischer hinzugezogen. Jedoch gestalteten sich die Verhandlungen auch dann noch recht schwierig. Mehrfach wurde getrennt beraten. Der Beseitigung der Affordarbeit fehlten die Unternehmer den größten und hartnäckigsten Widerstand entgegen. In einer Sonderbesprechung der Delegierten des Glasarbeiterverbandes wurde sodann beschlossen, die Abschaffung der Affordarbeit für diesmal abzusehen, dafür sollte dann auf andere Weise der Arbeiterschaft entgegengekommen werden. Nach zweitägiger Verhandlung kamen dann folgende Zugeständnisse zur Annahme:

Auf den Wochenlohnverdienst, der sich aus den Grundlöhnen und Zuschlägen berechnet, die bis zum 1. April 1919 gezahlt wurden, kommen folgende Prozentzuschläge:

Bei einem Wochenlohnverdienst bis 70 Mk. 55 Proz., bisher 30 Proz.; über 70 bis 100 Mk. 45 Proz., bisher 25 Proz.; über 100 bis 120 Mk. 35 Proz., bisher 20 Proz.; über 120 bis 150 Mk. 20 Proz., bisher 10 Proz.; über 150 bis 175 Mk. 15 Proz.; über 175 Mk. 10 Proz.

Die Abnahme des Glases erfolgt von jetzt ab nach der ersten Sortierung vom Kühllofen bei Schleifglas von der Sprengmaschine. Dort, wo Schleifglas bisher vom Kühllofen abgenommen wird, bleibt dies bestehen. Die bewilligten Prozentzuschläge gelten nicht für Schürer, Tagelöhner und Sofarbeiter. Die Löhne dieser Kategorien sollen nach den örtlichen Verhältnissen geregelt werden, wenn nötig, dementsprechend aufgebessert werden. Bei Feierschichten kommen in Zukunft 70 Proz. des Verdienstes der letzten vier Wochen als Entschädigung zur Auszahlung.

Die Bezahlung der Hilfsarbeiter erfolgt in Zukunft durch die Firma, die Berechnung des Lohnes erfolgt in alter Weise. Damit ist natürlich das üble Zwischenmeisterystem nicht beseitigt, aber es sind ihm die Giftzähne ausgezogen. Die Glasmacher und Schleifer haben in Zukunft die sozialen Lasten für die Hilfsarbeiter nicht mehr zu zahlen, sie haben ferner mit der Bezahlung der Feiertage und Ausfallschichten nichts mehr zu tun, so daß der häßliche Streit über diese Fragen endlich erledigt ist. Die Arbeitslosenunterstützung bleibt bestehen. Werden dagegen die Arbeiter in Tagelohn beschäftigt, so erhalten sie 70 Proz. des durchschnittlichen Verdienstes der letzten vier Wochen. Wo höhere Bezahlung bisher erfolgte, bleibt diese bestehen.

Unverschuldeter Bruch der Glasschleifer, der durch die Verschmelzmaschine entsteht, wird entschädigt, wenn er höher als 5 Proz. ist. Die Regelung dieser Frage geschieht durch die Arbeiterausschüsse. Als Kolbenmacher dürfen nur junge Leute

eingestellt werden, die das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Das Werkzeug der Glasmacher und der Schleifer in den Glashütten ist von den Firmen zu übernehmen. Die Übernahme des Werkzeuges für Feinschleifer erfolgt bezirksweise bis zum 1. Oktober dieses Jahres.

Die bewilligten Zuschläge gelten für das ganze Reich, soweit die Industriellen Mitglieder des Schutverbands deutscher Glasfabriken sind. Sie gelten unter der Voraussetzung, daß die Arbeit in den bestreikten Firmen bis spätestens zum 14. Juli früh aufgenommen ist.

Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem 9. Juli in Kraft.

In der Urlaubsfrage haben die Unternehmer die prinzipielle Erklärung abgegeben, daß bei der nächsten Verhandlung die Frage geregelt werden solle, so daß im nächsten Sommer für die Weißglasarbeiter eine Urlaubsbewilligung eintreten soll.

Damit war die Bewegung zum Abschluß gelangt. Vieles haben die Vertreter der Arbeiter nachgeben müssen, sie haben es getan, um die Industrie vor einer gewaltigen Erschütterung zu bewahren.

Die Beseitigung des Trinkgeldsystems

hat wieder recht erhebliche und erhebliche Fortschritte gemacht. In Düsseldorf hatten die gastwirtschaftlichen Angestellten bereits den Generalstreik beschlossen gehabt, weil sich die Unternehmer mit Hilfe der Christlichen eine Arbeitswilligengarde zu schaffen suchten; im letzten Augenblick kam noch eine Einigung zustande, nicht zuletzt wohl deswegen, weil die Unternehmer selbst eingeschlagen hatten, wie schwach doch in Wirklichkeit der Anhang der Christlichen ist. — In Mecklenburg wurde ebenfalls ohne Streik ein Schiedsspruch erzielt, der für beide Mecklenburg das Trinkgeldsystem als Entlohnungsform beseitigt, und in Leipzig wurde am 2. August ein Ersttarif ebenfalls den Unternehmern abgerungen, ohne daß diese es auf eine Arbeitseinstellung ankommen ließen. — Auch in Süddeutschland hat die feste Entlohnung nun endlich Platz gegriffen; allerdings mußten die Angestellten in Mannheim durch einen 24 stündigen Streik den Unternehmern erit ihren unbequamen Entschluß kund tun, und in Frankfurt a. M. wurde am 1. August die Arbeit eingestellt, dürfte aber inzwischen wieder aufgenommen worden sein unter der Bedingung, daß ab 1. September die feste Entlohnung tariflich festgelegt wird. — Der Verband der Gastwirtsgehilfen hat mit der „Mitropa“, Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen-Aktiengesellschaft einen Tarifvertrag abgeschlossen, der sich auf das gesamte Personal erstreckt; und zwar sind besonders benannt: Aufseher, Schaffner, Oberteller, Abteilfeller, Wagenfeller, Silberputzer, Köche, Küchengehilfinnen, Kutsher, Hausdiener und Wagenputzer. Bekanntlich geht das Bestreben der organisierten Gastwirtsgehilfen jetzt allenthalben dahin, das Trinkgeldsystem restlos zu beseitigen; dieses Vorhaben ist mittels des mit der „Mitropa“ abgeschlossenen Tarifs vollkommen gelungen; in Betracht kommen bei dem jetzigen, natürlich beschränkten Reiseverkehr immerhin noch rund 600 Angestellte.

Wegen der von den Gehilfen geforderten Beseitigung des Trinkgeldsystems war es in Dresden